

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pf. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzeln Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die schlagspaltene Zeile je resp. deren Raum 1.— Mk.
Bei 6maliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 26maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98. Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe. Telephon-Nr. 98.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe. Verantwortlich für die Redaktion: Georg Wichmann, Bochum. Druck u. Verlag von Sandmann & Co., Bochum, Diemelhauserstr. 42. Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Mehr Lohn!

Schon lange hat das rote Gold für euch in ungezählten Häufen Mit jedem Monatschluß gerollt, Um alles Herrliche zu kaufen. Die Kohlen steigen Schlag auf Schlag, Was Kohle heißt, es wird versendet — Und: Mehr noch! schreit ihr Tag um Tag, Und mehr des Goldes wird gespendet. —

Wir aber, die wir uns gerührt, Wie man sich rühren kann und regen, Wir Fröner haben nichts gespürt Von diesem reichen Erntesegen. — Uns hat man nicht dabei bedacht, Noch mehr — uns um den Fleiß bestohlen, Die wir das Gold doch aus dem Schacht, Die wir es aus den Grüften holen. —

Wie lange sind wir denn zu Haus, Um von der Arbeit uns zu raufen? — Wir fahren ein, wir fahren aus Und stets so fort in tollem Hasten. — Nur Arbeitsleistung ohne Sinn, Und Ueberflücht allerwegen, Das ist für uns der Mehrgewinn, Das ist für uns der Erntesegen. —

Und wenn der Lohn selbst wirklich stieg Um Pfennige, was bleibt da haften, Wenn Fleisch und Brot in stetem Krieg Uns Mark um Mark dafür entrafen? — Wenn man uns heute, mehr wie toll, Auf's allerhöchste hat besteuert, Und wenn der schlimme Wucherzoll Uns jede Ware noch verteuert? —

O nein, wir haben nichts gespürt, Und werden künftig auch nichts spüren Vom Mehrlohn, der uns doch gebührt, Wenn wir die Hand darum nicht rühren. — Wenn wir im alten Zwietrachtsbann Uns selbst begeiern und anbellern — Wenn wir nicht einig, wie ein Mann, Noch heute uns're Forderung stellen. — H. K.

Ist eine Erhöhung der Bergarbeiterlöhne möglich?

Die Unternehmerblätter berichten Tag für Tag von steigenden Werksgegewinnen. Laut geben die Herren ihrer Freude Ausdruck, daß die gute Konjunktur aller Voraussicht nach weiter anhält und damit auch ihre Geldsäcke sich immer mehr und mehr füllen.

So betrug im Monat August Deutschlands Steinkohlenförderung 12 151 955 To. (gegen 11 024 649 To. im gleichen Monat des Vorjahres), die Braunkohlenförderung 4 732 608 To. (4 260 665), die Koksherstellung 1 747 562 To. (1 459 185), die Fabrikation von Bricketts, Maßpreßsteinen 1 324 808 To. (1 125 981). Der Oberbergamtsbezirk Dortmund war an diesen Mengen mit 6 782 897 To. Steinkohlen, 1 350 540 To. Koks und 240 890 To. Bricketts und Maßpreßsteinen beteiligt. In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. August er. stellte sich in Deutschland die Steinkohlenförderung auf 90 892 206 To. (gegen 78 383 052 To. im gleichen Zeitraum des Vorjahres); die Braunkohlenförderung auf 36 256 267 To. (33 178 969 To.); die Kokszeugung auf 13 233 000 To. (9 434 350); die Herstellung von Bricketts und Maßpreßsteinen auf 9 514 747 To. (8 277 817). Rechnet man auch die Streikzeit des Vorjahres ab, so bleibt immer noch eine aussehliche Mehrförderung gegen das Vorjahr und man geht nicht fehl, wenn man diese Mehrproduktion dem erhöhten Kräfteaufwand und Anforderungen, die an die Arbeiter gestellt wurden, zugute schreibt.

Die bergtechnische Wochenschrift „Der Bergbau“ berichtet in ihrer Nr. 52, daß lebhafte Nachfrage nach Brennstoffen aller Art herrscht und daß trotzdem die Gruben soviel fördern wie nur möglich, man der Nachfrage nicht genügen könne. Schon müßten englische Kohlen an die Verbraucher abgegeben werden, da der einheimische Bedarf die Förderung überflügele. An eine Abnahme des Kohlenmangels sei nicht zu denken, falls ein strenger Winter eintrete, werde er sich eher noch verschärfen.

Dieses den Unternehmerinteressen dienende Blatt, „Der Bergbau“, bringt es aber auch fertig, die Bergarbeiter so quasi der Faulheit zu bezichtigen, indem es schreibt, zum Ueberflüchtenmachen seien die Bergarbeiter in den seltensten Fällen bereit, aber auch während der regulären Arbeitszeit förderten sie nicht nach Kräften, und so entspreche die Erzeugung nicht der Leistungsfähigkeit der Zechen. So steht im „Bergbau“ zu lesen: Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Ueberflüchten auf Ueberflüchten werden verfahren. Freiwillig werden sie gemacht, sagen die Zechenherren. Doch dem ist nicht so. Hunderte von Kameraden, denen wir vollen Glauben schenken, sagten uns, daß sie freiwillig diese Ueberflüchten niemals mitmachen würden. Durch allerhand Machinationen bringe man es aber fertig, sie dazu zu zwingen. Wer sich weigere, Ueberflüchten zu verfahren, könne gewärtig sein, an eine schlechte Arbeit gestellt zu werden. Hat man es doch fertig gebracht, Hauer, die eine Ueberflücht nicht mitmachen, einfach ein paar Tage lang den Posten eines Pferdejugens bekleiden zu lassen. Man weiß sich auch sonst zu helfen, um die Widerständigen zu kurieren. Fehlen diese Kameraden bei einer Ueberflücht, stellt man andere Leute vor ihre Arbeit, die natürlich, da sie nur diese eine Schicht vor der Arbeit bleiben, sehen, soviel Wagen Kohle wie eben möglich, zu liefern, dagegen das Verbotene wie andere Arbeiten liegen lassen. Kommen die Ueberflüchtenverweigerer anderen Tags vor ihre Arbeit, so können sie erst einmal viel Zeit damit verstimmen, alles wieder in Ordnung zu bringen, das heißt, die Arbeiten, welche die hineingesteckten Leute liegen lassen, umsonst machen, und leiden dabei Einbuße an ihrem Lohn. Und das hilft. Das nächste mal verfahren auch diese Kameraden Ueberflüchten, um wenigstens nicht für andere ihre Knochen zu Markte zu tragen.

Was den Vorwurf anbetrifft, daß die Bergleute auch während der regulären Arbeitszeit nicht nach Kräften arbeiteten, so können wir nur sagen, daß diese Behauptung eine Unverschämtheit sondergleichen ist. Wir haben in unsern letzten Nummern statistisch nachgewiesen, daß der Bergmann in den letzten Jahren absolut mehr liefert wie früher und daß dies besonders auf die jetzige Zeit zutrifft. Statt die Löhne entsprechend der guten Konjunktur und der Höhe der Lebensmittelpreise zu regulieren, macht man den Bergarbeitern, die Tag für Tag den Lebensunterhalt für so viele Drogen decken, den Vorwurf der Faulheit.

Wenn die Herren aber glauben, durch solche Tricks den Lohnforderungen aus dem Wege gehen zu können, werden sie sich sehr täuschen. Der Bergmann ist es leid, bei schwerer Arbeit noch nicht einmal genügend kräftige Nahrung zu sich nehmen zu können. Die Lebensmittel sind seit Abschluß der neuen Handelsverträge rapide erschwinglicher Artikel, so erst recht jetzt nach Inkrafttreten der Handelsverträge. Die Arbeiter verlangen, und sie haben das vollste Recht dazu, daß ihre Löhne gemäß der Verteuerung der Lebenshaltung steigen. Die offizielle preussische „Statistische Korrespondenz“ zeigt durch ihre Tabelle vom 8. September 1906 augenscheinlich, daß die Lebens- und Futtermittel ganz rapid seit vorigem Jahre im Preise gestiegen sind. Im Monat August 1906 im Vergleich zu demselben Monat 1905 war der Preis:

Für 1000 Kilogramm (in Mark)											
	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen (gelbe) zum Kochen	Erbsen (weiße) zum Kochen	Linsen	Erbsen (gelbe) zum Kochen	Erbsen (weiße) zum Kochen	Mehl (zur Speisebereitung)	Fett
August 06	173	149	148	160	240	330	513	53,1	44	46,6	1282
August 05	165	142	140	139	235	323	385	53,5	42,5	56,3	1290

Für 1 Kilogramm (in Pfennig)											
	Fleisch im Kleinhandel	Rindfleisch (ohne Knochen)	Schweinefleisch	Fisch	Eier (mittlere)	Butter (inländische)	Butter (ausländische)	Mehl (zur Speisebereitung)	Fett	1 Schmal	1 Liter
August 06	164	140	170	165	164	185	240	179	31	27	392
August 05	155	133	167	158	154	179	243	175	30	25	388

Wir finden also hier, mit Ausnahme der Kartoffelpreise, durchschnittlich eine Steigerung. Dem Bergmann wird man aber bei seiner schweren Arbeit wohl nicht zumuten wollen, daß er sich mit Kartoffeln durchwürgern soll. Bei der die volle Manneskraft erfordernden Bergarbeit muß sich der Arbeiter ein kräftiges Essen gönnen können, soll er nicht schon eher zu Grunde gehen, wie es leider früh genug beim Bergarbeiter der Fall ist.

Seit der ersten Veröffentlichung des Fleischverbrauchs in Deutschland für das dritte Quartal 1904 ist der Fleischkonsum unaufhaltsam zurückgegangen, und das „in Zeiten einer aufsteigenden Konjunktur“. In den einzelnen Halbjahren kamen nämlich auf den Kopf der Bevölkerung

II. Halbjahr 1904	20,33	Kilogramm
I. " 1905	19,29	"
II. " 1905	18,97	"
I. " 1906	18,40	"

Im laufenden Jahre 1906 ist demnach der Verbrauch um circa 4 Pfund niedriger als 1904; das macht, auf eine vierköpfige Familie berechnet, für die Familie eine Einschränkung um 16 Pfund. Bedenkt man nun noch, daß durch die hohen Fleischpreise die minder bemittelten Schichten stärker als die begüterten zu einer Verringerung der Fleischernährung gezwungen werden, so dürfte danach die Ernährung der großen Massen noch mehr gelitten haben, als aus diesen Ziffern ersichtlich ist.

Hier muß unbedingt Abhilfe geschaffen werden. Die gesamte Arbeiterschaft und die Bergarbeiter insbesondere verlangen einen Lohn, dessen Kaufkraft auch wirklich eine angemessene Ernährung zuläßt. Besonders jetzt, wo der Bergmann alle Kräfte aufwenden muß, um den gesteigerten Ansprüchen an seine Arbeitsleistung zu genügen, ist es hochnotwendig eine Erhöhung der Löhne herbeizuführen, soll nicht seine Gesundheit schaden leiden. In unserem, wie man sagt, sozial vorgezeichneten Jahrhundert, sollten die Werksbesitzer im Interesse der Allgemeinheit schon längst zur Erhöhung der Löhne geschritten sein. Sagte doch schon im Jahre 1770 der sächsische Hof- und Bergphysikus Dr. Carl Leberecht Söcher:

„Der Bergmann kann nicht so, wie ein Anderer, seine Gesundheit bewahren, nein, er muß, ohne selbige zu schonen, öfter die gefährlichsten Arbeiten verrichten.“

Dieses unglückliche Bergmanns Gesundheitswesen wollen wir um so viel mehr schätzen, weil er zu unleser Bequemlichkeit und ohne sich zu schonen, uns diejenigen Metalle gewinnt, welche im gemeinen Leben unentbehrlich sind.“

Dagegen lese man nur manche der heute auf den Markt kommenden Sanitätsberichte von berufenen Wächtern der Bergmannsgesundheit. Wenn heute ein Arbeitervertreter die hohe Krankheitsziffer der deutschen Bergleute im Reichstag befragt, dann wird dies abgetan mit dem Hinweis auf die faulen und simulierenden Knappschaftsmitglieder.

Zubehelnd verkünden die Berichte der Unternehmerpresse, daß die Kartoffel gut geraten, daher die „Lebenshaltung der Arbeiter eine ihren Verhältnissen entsprechende“ sei.

Möchten es doch die Schreiber solcher Zeilen einmal probieren, bei Kartoffelkuppe oder Stampfer, denn viel mehr kann mancher Bergmann mit großer Familie sich nicht beim Mittagstisch leisten, schwer zu schufeln. Wenn die Herren Aktionäre jetzt mit Schmunzeln das Steigen der Kohlenkurse begleiten, mit feist fröhlichem Gesichte ihre schweren Dividenden einheimsen und dann bei opulentem Diner oder Souper über die Begehrtheit der Masse klagen, sollten sie auch daran denken, wer ihnen all die Genüsse, die ihnen das Leben bietet, verschafft. Sie sollten dann auch dafür sorgen, daß ein angemessener Lohn, wenigstens in etwa, ihre schufelnden Bergflaven dafür entschädigt, daß sie ferne von Licht und Sonne ihr Leben opfern für den Kapitalismus. Die Herren mögen deshalb auf die Bergarbeiter hören und dem Ruf: „Her mit einer Lohnerhöhung!“ Rechnung tragen.

Es scheint ja auch nach der Zeitschrift „Bergbau“ den Kohlenbaronen einzuleuchten, daß die Argumente, welche die Bergarbeiter für eine Erhöhung der Löhne vorbringen, richtig sind. Denn in der Nr. 52 dieser Zeitschrift ist noch folgendes zu lesen: „Es ist sehr wahrscheinlich, daß weitere Preiserhöhungen (weitere, es scheinen also in letzter Zeit schon wieder die Kohlenpreise gestiegen zu sein, was wir uns merken wollen. D. Red.) bevorstehen, um so mehr, da die Arbeiter mit den gegenwärtigen, bereits wesentlich gestiegenen (?) Löhnen sich nicht zufrieden geben, sondern erneute Zulagen fordern wollen.“ Vorerst sei bemerkt, daß uns, außer von einer Gewerkschaft, von bisherigen Lohnerhöhungen im Ruhrgebiet nichts bekannt ist, wohl aber von Reduzierungen der Löhne und damit von Lohnniedergang. Ohne Ueberflüchten würde es mit dem Lohn des Bergmanns am Monatsende trauriger aussehen, wie in früheren Jahren. Sagten uns doch in Katernberg, in einer öffentlichen Versammlung, verschiedene unterirdisch beschäftigte Kameraden, daß sie Ueberflüchten machen müßten, da ihr Verdienst, 3,60 Mark pro Schicht, sonst nicht ausreiche, ihre Familien vor dem Hunger zu schützen. So sieht es aus mit der Knappheitsfurcht! Es freut uns aber, daß laut „Bergbau“, die Industrieherrn doch zu der Einsicht gekommen sind, daß die Bergarbeiterlöhne erhöht werden müssen, ob die Kohlenpreise deswegen erhöht werden müssen, ist eine andere Frage. Wir können diese Frage nicht bejahen. Wenn man sich die Millionengewinne der Werksherren vor Augen führt, muß man sagen, die Löhne könnten erhöht werden, ohne Kohlenpreiserhöhung. Die Dividenden der Aktienbesitzer, besonders die Lantienem, die manche Herren für ihre „schwere“ Leistung erhalten, übertragen ganz gut eine Minderung. Erzielte doch der Förder Bergwerks- und Hüttenverein im Jahre 1905/06 einen **Nettoüberschuh von 9 830 532 Mk.**, gegen 8 089 710 Mk. im Vorjahr. Man wagt dabei von Faulheit der Bergarbeiter zu sprechen, wo dieses Werk allein 415 738 Mk. Lantienem austreilt, gegen 224 645 Mk. im Vorjahr. Haben vielleicht den Mehrgewinn gegen das Vorjahr die Herren Aufsichtsräte erschöpft? Nicht schlechter schneidet die Aktien-Gesellschaft für Bergbau- und Hüttenbetrieb Phönix in Duisburg-Reiderich ab. Das Geschäftsjahr 1905/06 brachte ihr einen **Uberschuh von 9 222 915 Mk.** (7 162 698 Mk. i. V.) Auch hier werden allein 458 967 Mk. für die „armen“ Lantienemempfänger bestimmt (296 521 Mk. im Vorjahre.) Der Verdienst dieser Herren hat sich also für ihre „anstrengende“ Arbeit nahezu verdoppelt. Was sagen unsere Kameraden dazu? Der Köln-Müssener Bergwerksverein bereitet für dieses Geschäftsjahr 8 Prozent Dividende (im Vorjahre

Achtung Kameraden!

Wir sind in der Lage, euch vorläufig folgende Mitteilung machen zu können:

Essen, 5. Oktober. Die Siebenerkommission hielt heute eine Sitzung ab, um formell Beschluß zu fassen hinsichtlich der Lohnfrage. Sämtliche Vertreter der fünf Bergarbeiterverbände, die zusammen circa 220 000 Mitglieder umfassen, wurden sich einig, für alle deutschen Bergbaureviere eine 15prozentige Lohnerhöhung zu fordern. Die Forderungen werden gemeinsam durch die Verbände an die Organisationen der Bergwerksbesitzer und an die einzelnen Grubendirektionen gerichtet. Den einzelnen Verbänden bleibt es außerdem überlassen, die Arbeiterausschüsse zur Unterstützung dieser Forderung zu bewegen.

Weitere Veröffentlichungen werden zur gegebenen Zeit erfolgen. Unsere Bezirksleiter und Ortsverwaltungen werden hiermit verpflichtet, sich streng nur an die Anweisungen des unterzeichneten Vorstandes zu halten. Der Verbandsvorstand seinerseits handelt im Einverständnis mit den Leitungen der vier anderen Bergarbeiter-Organisationen. Wer eigenmächtige Schritte unternimmt, stellt sich damit außerhalb der Organisation und wird unserem Statut gemäß behandelt. Die Parole lautet also: Einigkeit und straffe Disziplin!

Nunmehr ist es aber auch die unbedingte Pflicht aller Verbandsmitglieder in allen Revieren, sofort an die Unorganisierten heranzutreten, um sie für den Verband der deutschen Bergarbeiter zu gewinnen. Sagt den Unorganisierten, es sei jetzt keine Zeit mehr übrig zum träumerischen Gleichmut. Will die Bergarbeiterschaft Erfolg haben, dann müssen sich alle Kameraden einig sein und sich, soweit das noch nicht geschehen ist, sofort organisieren. Je stärker das Meer, desto größer sein Erfolg.

Der Verbandsvorstand.

4 Prozent.) Also auch hier hat sich das Einkommen der Auzen-Befitzer verdoppelt. Hundert Prozent haben sie mehr verdient. Welche Procente Lohnverhöhung wird man dem armen Bergmann bewilligen? Der Ausschussrat der Carpener Bergbau-Aktiengesellschaft beschloß für das Geschäftsjahr 1906/08 eine Dividende von 11 Prozent (gegen 8 Prozent im Vorjahre) vorzuschlagen. Die Köpfer Braun-Kohlenwerke werden 14 Prozent; die internationale Kohregesellschaft in Gröden wird nach 88.185 Mk. Abschreibungen eine Dividende von 500 Prozent (100 Prozent im Vorjahre) in Vorschlag bringen. Das ist ein Geschäft, das bringt noch was ein. Bergmann! steh' dich, verlange auch du deinen Anteil!

Auch die Kalkwerke ernähren ihre Vorker. Die Gewerkschaften Wilhelmshall und Glückau vertellen pro Auz 100 Mark Ausbeute für den Monat September. Die Gewerkschaft Alexandershall vertelt für das 8. Vierteljahr 150 Mk. pro Auz. Also auch diese Herren leben keine Not!

Wenn wir nun auch Vorkerndem das Fazit schließen, so kommen wir zur Bejahung der an der Spitze dieses Artikels gestellten Frage. Eine Lohnverhöhung ist möglich. Warum gehen die Herren Industriellen nicht dazu über, sie einzuführen?

Wer glaubt, diese Frage beantworten zu können?

Die Arbeitergeber-Zeitung!

Dieses Organ der Arbeitgeber, auch „Schleifstein“ genannt, bringt in der Nr. 89 vom 80. September einen Artikel unter der Überschrift: „Wirtschaftliche Lage und Verbrechen“. In diesem Artikel lesen wir folgendes:

„Es gehört bekanntlich zu den geheiligten Lehren und Schlagwörtern der in der Sozialdemokratie organisierten materialistisch-wirtschaftlichen Lebensauffassung, daß die Kriminalität einer bestimmten Volksklasse im engen Zusammenhang mit ihrer wirtschaftlichen Lage steht, daß sie mit innerer Notwendigkeit bei sinkenden Löhnen zu- bzw. steigenden abnimmt, und daß daher beispielsweise die Kriminalität unter den Lohnarbeitern um so größer sein muß, je niedriger ihre Lebenshaltung und je geringer ihre Löhne sind, daß aber bei hohen Löhnen die Kriminalität sich verringert, die gesamte Lebensführung eine sittlich wertvollere werden muß. Es ist weiter bekannt, wie sehr diese schon fast zum Dogma gewordene Anschauung das Denken weiterer Kreise beherrscht, und wie der Hinweis auf geheimnisvolle „soziale Bedingungen“, worunter eben dieser vermeintliche untrennbare Zusammenhang zwischen Lebenshaltung und Lebensführung gemeint ist, zur Entschuldigung jeder Art verbrecherischer Handlungen und niedriger Lebensführung dienen muß. Aus diesem Grunde darf daher in jenen Kreisen, die das Erlögerecht dieses Dogmas erkannt haben, eine Untersuchung wohl Interesse beanspruchen, die das Mitglied der belgischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Henry Joly, unlängst in der „Reforme Sociale“ veröffentlicht hat. Aus dieser Untersuchung geht nämlich unzweifelhaft hervor, daß nicht nur das erwähnte sozialdemokratische materialistische Dogma jeder Berechtigung entbehrt, sondern daß im Gegenteil in dem bestimmten Einzelfall, die Joly zum Gegenstand seiner Untersuchung machte, nämlich in Bezug auf das Verhältnis zwischen Lohnhöhe und Kriminalität in Belgien, geradezu das entgegengesetzte Verhältnis besteht. Die Verbrechensstatistik Belgiens, das ist das wertvolle Ergebnis der Joly'schen Untersuchung, zeigt nicht in jenen Jahren, wo wirtschaftliche Depression und niedere Löhne herrschten, sondern im Gegenteil gerade in den Jahren hoher Löhne und unter der bestbezahlten Arbeiterschaft ihre höchsten Werten, wie auch dort weitest aus, die unvollständige, lippige, ja in sehr vielen Fällen — um nicht zu sagen der Regel nach — eine unerschütterlich gemüthliche und verschwenderische Lebensführung herrscht.“

Joly hat zu seiner Untersuchung die Vorkerkstatistik und die Kriminalität in den letzten Jahren zugezogen, so liegt die Schuld nachweisbar nicht an einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Seit 1887 sind vielmehr in Belgien die Löhne um 145 bis 150 Prozent gestiegen, der Getreidepreis um 85 Prozent gesunken und demnach weist die Kriminalität Belgiens eine sehr erhebliche Zunahme auf. In einer mittleren Haushaltung Belgiens verfrachten sich vor 50 Jahren das tägliche Brot — wörtlich genommen — drei Pfund der Getreidemasse, heute nur mehr ein Pfund; zwei Pfund der Getreidemasse sind also für andere Zwecke mehr verfügbar geworden. Auch die übrigen Lebensbedürfnisse haben sich fast ausnahmslos vermindert, die Nachfrage nach Arbeitskräften ist in beständigem Steigen begriffen. Das beweist deutlich, daß nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse allein, ja diese nicht einmal in erster Linie, die Kriminalität einer bestimmten Volksklasse bedingen. Welche Umstände dabei eine erhebliche Rolle spielen, das beurteilt Joly sicher mit Recht in den Worten an: „Wenn der Mensch nur vom Brod lebte, so hätte die Kriminalität sich vermindern müssen; aber er lebt auch vom Wort — des sozialistischen Evangeliums.“

Aus diesen Tatsachen und Erwägungen geht wohl unzweifelhaft hervor, daß die belgische Kriminalität keineswegs mit der Verschlechterung, sondern im Gegenteil mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zugenommen hat; allerdings unter gleichzeitiger Zunahme der Verbreitung sozialdemokratisch-materialistischer Lehren und Meinungen und zweifellos in genauem Verhältnis mit dieser. „Es ist stets der Fall“, so begründet Joly diesen Zusammenhang des nahen, „daß in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs neue Bedürfnisse sich einstellen“ diese künstlichen Bedürfnisse werden dann geradezu zu natürlichen, deren Nichtbefriedigung Qual hervorruft. . . . Wenn derjenige, der solche künstliche Bedürfnisse hat, sie nicht befriedigen kann, versucht er, dies durch List oder Gewalt herbeizuführen.“ Ist somit die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage für sich allein keineswegs eine sichere Bürgschaft für die sittliche Hebung einer Klasse, so hält Joly eine solche günstige Wirkung auch keineswegs für erwiesen von gewissen, oft vielgepriesenen sozialen Einrichtungen, wie Unterkerkungen, Besorgungen und dergleichen mehr; selbst die Gefängnisstrafe hält er unter Umständen eher für eine Begünstigung des Verbrechens, als für einen Schutz gegen dasselbe. Sobald nämlich einmal eine darin gemein sei, habe das Gefängnis seine Schrecken für ihn verloren und er lehre gern dahin zurück.

Einige Beispiele aus Joly's Darstellung mögen zeigen, wie sehr hohe Löhne häufig geradezu den Arbeitern verderblich werden — selbstverständlich gibt es auch rühmliche Ausnahmen —, und wie oft gerade diejenigen Arbeiter, die die höchsten Löhne beziehen, von ihrem Einkommen den schlechtesten Gebrauch machen und das beste Material für die Steigerung der Kriminalität eines Landes und einer Klasse bilden.

Im belgischen Augemburg verdient ein jugendlicher, sehr kräftiger Arbeiter 25 Franken im Tage. Trotzdem wurde er wegen Nichtbezahleins seiner Wohnung aus derselben emittiert, nachdem er schon mehrfach wegen Raufereien, Körperverletzung, öffentlicher Trunkenheit usw. bestraft worden war. Der Schlusssekt seiner Katen war, daß er die Fabrikarbeit aufgab und an die Grenze ging, um dort vom Schmuggel zu leben. Ein anderer Fall aus der gleichen Gegend: Ein Arbeiterseam ging zum Direktor der Fabrik und bat ihn um den Lohn ihres Mannes, da sie, jedenfalls auf Grund triftiger Erfahrungen, fürchtete, daß sie ihn von diesem nicht ganz bekommen würde. Die Antwort lautete: „Ihren Mann sehen 150 Franken Lohn für den Monat Januar zu, aber er ist der Kantine 116 Franken für Getränke schuldig, die er im gleichen Monat getrunken hat.“

Man begreift es, so bemerkt Joly zu diesen Fällen, daß mein Augenauge für diese Tatsachen, als ich in nach den Ursachen der nur allzu gewöhnlichen Zunahme der Verbrechen in dieser Gegend fragte, mir antwortete: „Ich glaube nicht ver, daß zu glauben, daß die Gefahr gerade von den hohen Löhnen kommt, wenn ich kaum fünfzehnjährige Knaben sehe, die nicht weniger als 5 Franken im Tage verdienen, so zittere ich für die Zukunft.“

So geht es noch ein paar Spalten weiter und der Arbeiter, der dies gelesen hat, wird bei sich denken, das hätte ich nicht geglaubt, daß es das Unternehmertum so gut mit uns meint. Also bewegen behagt man die Hungerlöhne, daß die Arbeiter nicht zu Verbrechen werden sollen. Wie human von den Arbeitgebern! Wir sind aber gerade der gegenteiligen Ueberzeugung wie die Herren Arbeitgeber und ihr Kronzeuge Herr Joly. Wir wissen, daß in Deutschland gerade dort, wo die niedrigsten Löhne gezahlt werden, sich die Kriminalfälle vermehren und was ein bezeichnendes Bild auf die Ausführungen des Herrn Joly wirkt, gerade dort, wo die Zentrumsgrafen noch das Heft in Händen haben. So in Oberösterreich, und wir wissen ohne Herrn Joly, daß dies auch der

Fall in Belgien ist. Gewissermaßen gibt er dies selbst zu, es scheint aber, daß er nicht die richtigen Schlüsse daraus ziehen kann, wenn er den Direktor einer Fabrik sagen läßt: „Ihren Mann stehen 180 Franken Lohn für den Monat Januar zu, aber er hat in unserer Kantine 146 Franken vertrunken.“ Hier stellt Joly den Kapitalismus nackt an den Pranger. Dieser struppellose Direktor erlaubt, daß auf seinem Werte die Arbeiter von der Werkkantine aus mit Alkohol vergiftet werden. Sie bekommen sogar noch von diesem Gift mehr, als sie im ganzen Monat verdienen, oder bezahlen können, obwohl der Direktor wissen muß, daß die Familie des Arbeiters dabei Hunger leidet. Das ist die ganze Taktik eines vermorfenen Unternehmertums. Es ist diesen belgischen Zentrumsbaronen nicht genug, daß sie aus der Arbeitskraft des einzelnen ihre hohen Prozente heraus schlagen. Nein, man erleuchtet Kantenen, verleitet die noch unauferklärten Arbeiter zum Trinken, indem man ihnen unbegrenzt Kredit gibt und dann, wenn man den Arbeiter durch den massenhaften Verkauf von Spirituosen zum Tiere gemacht hat, schimpft man über die Verbrechen, die von solch' Geisteslosen begangen werden, indem man sagt, die Arbeiter dürfen nichts verdienen, sonst werden sie zu Verbrechern. Man läßt den Armen schuldig werden und überläßt ihn dann der Pein. Das ist der Zentrumskapitalist, wie er lebt und lebt, in Belgien sowohl wie bei uns in Oberösterreich und der Oberpfalz. Der Kapitalismus ohne Barre, der es darauf abseht, daß der Arbeiter immer Schulden bei ihm hat, auf daß er als höherer Sklave behandelt werden kann. Dort, wo die Organisation eingebunden ist, hält sich der Arbeiter vom Alkohol zurück, er sieht sich als Mensch, die Werkkantenen mit ihrem Fingerring müssen verschwinden; der Kapitalist macht dann nur noch einfachen Profit, deshalb wohl auch der Born der Herren Arbeitgeber auf die Organisationen.

Man kann der „Arbeitgeberzeitung“ nur dankbar sein, daß sie den Kapitalismus als Fingerring brandmarkt und können solchen Werkleitungen nur ein „Pfui Teufel!“ zurufen.

Der „Arbeitgeber-Zeitung“ aber möchten wir raten, ihren Auftraggebern zu sagen, daß dieselben der Arbeiterorganisation nicht soziale Knäppl in den Weg werfen sollen, denn gerade da, wo die Arbeiter noch unorganisiert, dem Schnapsteufel verfallen sind, fliegen die Kriminalfälle; aber auch gerade dort fühlen sich die Herren Unternehmer am wohlsten, denn ein unorganisiertes, dem Alkohol verfallenes Arbeiter, der nicht für seine Familie sorgt, ist auch mit den schlechtesten Löhnen zufrieden zu stellen. Der Artikel der „Arbeitgeber-Zeitung“ ist also eher ein Argument dafür, den organisierten Arbeitern die Löhne zu erhöhen, als das Gegenteil. Auf die Ausführungen der „Arbeitgeber-Zeitung“ aber passen folgende Worte:

Lauter die Sünde nur mit Gold,
Gleich bricht die starke Lanze der Gerechtigkeit
Ohnmächtig ab. Bekleide sie mit Lumpen,
Und eines Karren Strohhalm nicht sie durch.

Ein Verbrechen an der Arbeiterschaft wäre es, in dieser Zeit die Löhne auf der alten Stufe stehen zu lassen. Das beweist uns

Die Lebensmittelverteuerung.

Unsere Kameraden dürfte es interessieren, wenn wir anbei die Höhe der Fleischpreise, wie sie jetzt als Ladenpreis gelten und wie sie jeder Hausfrau bekannt sind, veröffentlichen. Es kostet das Rindfleisch $\frac{1}{2}$ kg — 85,—, —90 und 1,—, Ferkel 1,40 Mark; Kalbfleisch —,90 bis 1,10, ohne Knochen 1,20 Mark; Schweinefleisch 1,—, Kotelettes 1,10, ohne Knochen 1,20—1,40 Mark; Hammelfleisch —,90 und 1,—, Mäden 1,20 Mark. Vor genau zehn Jahren bezahlte man für Rindfleisch 50—60 Pfg. und für Schweinefleisch 55—70 Pfg. Die Fleischpreise sind also in diesem Zeitraum fast auf das Doppelte gestiegen. Interessant ist eine Zuschrift, die ein Leier an den „Allii. Stadtdanz.“ gerichtet hat. Sie lautet:

Bei den gegenwärtigen Fleischpreisen, die in ihrer unverhältnismäßigen Höhe ansehend immer weniger werden können, dürften einige Fleischangebote interessieren, wie sie in einer Nummer der „Allii. Stg.“ vom Dezember 1894 bekannt gegeben werden. Es ist da vorbrill zu lesen: „Bestes Ochsenfleisch 3 Silberroschen 4 Pfennig, Hammelfleisch 3 Silberroschen 8 Pfennig, Kalbfleisch 3 Silberroschen.“ Ein Metzger hielt schon mehr auf Preis; er bietet bestes Ochsenfleisch zu 4 Silberroschen 8 Pfennig das Pfund an. Ein weiteres Angebot lautet: „Prima westfälischer Schinken für 7 Silberroschen das Pfund.“

Die Folgen der jetzigen Fleischverteuerung machen sich auch schon unangenehm bemerkbar, nicht allein für die Konsumenten, sondern ebenso für die Verkäufer. Das geht auch hervor aus dem statistischen Bericht der Stadt Barmen für die Monate Juli und August. Während im Juli und August 1904 der Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung 8,7 Kilogramm betrug, bezifferte er sich in denselben Monaten dieses Jahres auf 7,16 Kilogramm. Das bedeutet also einen Rückgang um 1,54 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung. Der Bericht jagt uns, daß die Preise für Großvieh im August 1906 je nach Qualität um 1—8 Mark, die Preise für Schweine um etwa 5 Mark, für Kälber um etwa 4 Mark, für Schafe erster Qualität sogar um 10 Mark pro Zentner Schlachtgewicht höher sind als 1905 und daß dementsprechend auch die Ladenpreise gestiegen sind, woraus der Rückgang des Fleischkonsums resultiert.

Ein Rückgang des Fleischkonsums bedeutet aber eine Verschlechterung der Volksernährung. Und nicht bloß das. Mit den Fleischpreisen sind naturgemäß auch die Preise anderer Lebensmittel gestiegen. Das veranlaßt auch die Fabrikanten von Kleiderwaren, Verbrauchsgegenständen u. a. im Preise aufzuschlagen, sobald also die ganze Lebenshaltung teurer wird. Da nun die Löhne der Arbeiter nicht entsprechend gestiegen sind, so ist es kein Wunder, wenn sich der arbeitenden Bevölkerung eine tiefgreifende Mißstimmung bemächtigt.

Durch die konservative Presse läuft die aus den „Berl. Vol. Nachr.“ stammende Behauptung, die Ursache der jetzigen Fleischnot sei nicht in der zu geringen Viehproduktion, sondern darin zu suchen, daß neben der normalen mit der Bevölkerung Hand in Hand gehenden Steigerung des Fleischverbrauchs eine starke, beinahe sprungweise auftretende Vermehrung des Verbrauchs eingetreten sei. Das schöne Verlegenheitsgerede stellt sich sofort als Schwindel heraus, wenn man die neuesten reichsstatistischen Angaben über Bevölkerungszunahme und Fleischverbrauch in Betracht zieht. Die Bevölkerung des deutschen Reiches und des Zollgebiets ist, wie schätzungsweise festgestellt worden ist, von 1905 bis 1906 gestiegen von 60.246.000 auf 61.102.000 Personen. Die Zahlen der im zweiten Vierteljahr 1905 und 1906 im ganzen Reich geschlachteten Schlachttiere sind hingegen folgende:

	1905	1906
Pferde und andere Einhufer . . .	29.224 Stück	28.948 Stück
Ochsen, Bullen und Kühe . . .	675.916	662.122
Ferkel und Kälber . . .	1.538.106	1.476.507
Schweine . . .	3.143.114	2.981.888
Schafe . . .	484.033	486.138
Ziegen . . .	152.931	170.996
Hunde . . .	947	1.013

Hiernach ist die Bevölkerung gewachsen um 856.000 Personen innerhalb eines Jahres, während im gleichen Zeitraum die Zahl der geschlachteten Pferde usw. des gesamten Rindviehes und der Schweine von 5.386.390 auf 5.149.465 Stück, also um 236.925 Stück zurückgegangen ist. Nur bei den Schafen, Ziegen und Hunden ist ein Aufschwung, der natürlich nur durch die Fleischnot herbeigeführt ist, zu verzeichnen.

Auch wird oft von Unternehmertette darauf hingewiesen, daß, wenn das Fleisch zu teuer sei, der Arbeiter zu den billigeren und auch nahrhaften Fleischpreisen greifen solle. Doch auch dieser gute Rat kann wenig nützen. Auf Grund einer amtlichen Statistik ist

bewiesen, daß die Großhandelspreise von Fischen von 1891 bis 1905 kolossal gestiegen sind. Es kostete ein Doppel-Zentner:

	1901	1905
Hechte lebend . . .	128,43 Mark	192,64 Mark
in Eis . . .	98,19	128,46
Hechte lebend . . .	161,08	204,84
in Eis . . .	81,78	129,25
Heile lebend . . .	84,37	190,61
in Eis . . .	49,71	68,92
Barische lebend . . .	112,44	152,78
in Eis . . .	51,20	86,26

Ebenso sind auch die anderen Lebensmittel, welche das Fleisch verdrängen könnten, im Preise gestiegen und ist ein Ende der Preiserhöhung noch nicht abzusehen. Dieser Preiserhöhung der Lebensmittel muß unbedingt eine Erhöhung der Löhne folgen, soll die Arbeiterkraft erhalten, und arbeitsfähig bleiben. Es ist daher nicht mehr wie recht und billig, wenn die Arbeiterschaft, insbesondere die Bergarbeiter, bei ihrer aufreibenden, kräftezerstörenden Arbeit, Erhöhung der Löhne fordern. Jeder einsichtsvolle Unternehmer muß die Forderung als gerecht betrachten und erfüllen, wenn er nicht bloß seinen Geldbeutel füllen will, sondern es ernst meint mit der Hebung der nationalen Wohlfahrt, von der die Herren doch sonst den Mund so voll nehmen.

Die Arbeiterschaft und ganz besonders die Bergarbeiter mögen sich die Unternehmer betrachten, die einzig und geschlossen vorgehen, um ihre Lage zu verbessern, was ihnen auch vortrefflich gelingt, wie uns die Auswertung der hohen Dividenden lehrt. Vernt von ihnen, seid einzig, kräftigt eure Organisationen ebenso, wie es die Unternehmer machen und der Erfolg wird nicht auf sich warten lassen!

Ein Strohhalm ist jeder vereinzelt, allein
Ein mächtiger Stamm im festen Verein.

Oesterreichische Bruderladenverhältnisse.

(Knappschaffskassen.)

Die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der oesterreichischen Bergarbeiter haben es schon seit Jahren verursacht, daß ein gewisser Drang nach Auswanderung bei den Bergarbeitern besteht. Nicht selten sind es Bergarbeiter in Oesterreich welche schon Jahre hindurch im oesterreichischen Bergbau beschäftigt waren und ihr Glück dann erst im Auslande versuchten. Namentlich richtet sich die Auswanderung nach dem Ruhrgebiet. Aber auch in den anderen Kohlenrevieren Deutschlands findet man mehr oder minder oesterreichische Bergarbeiter beschäftigt.

Solche Bergarbeiter, die nun schon mehrere Jahre im oesterreichischen Bergbau beschäftigt waren, sind daher auch Mitglieder der betreffenden Bruderladen des Distriktes oder der Gewerkschaft bei welcher sie beschäftigt waren. Sie hatten sich auf viele Jahre Anrechte in diesen Kassen erworben. Nach dem oesterreichischen Bruderladengesetz erlischt mit dem Tode des Austritts aus der Bergarbeit die Mitgliedschaft in der Bruderlade. Ist der Bergarbeiter einmal aus der Arbeit ausgetreten, so steht ihm ein Anspruch auf Krankenunterstützung, ärztliche Hilfe und Medikamente sowie auf eine Rente der Provisionskasse nicht mehr zu, sondern einem solchen Bergarbeiter bleibt nur der Anspruch auf ein Jahr des Reserveanteils der Provisionskasse gewahrt. Das Krankenversicherungsgesetz, welches in Oesterreich für die Bezirks-, Vereins- und Fabrikkrankenkasse zur Geltung kommt, bestimmt, daß Arbeiter in Krankheitsfällen auch nach sechs Wochen nach Lösung des Dienstverhältnisses Anspruch auf Krankenhilfe in der betreffenden Kasse haben, der sie zuletzt angehört. Bei den Bergarbeitern aber, für welche in dieser Richtung einzig und allein das Bruderladengesetz maßgebend ist, besteht daher diese penible Zurücksetzung und Benachteiligung in Bezug der Krankenversicherung.

Bei den Provisionskassen ist den Austrittenden wie bereits erwähnt, der Anspruch auf den Anteil an dem Reservefonds bis nach einem Jahre gewahrt. Tritt ein Arbeiter innerhalb des Vorbehaltsjahres bei einem anderen Werke mit einer anderen Bruderlade in Arbeit, so ist laut Bruderladengesetz der Anteil am Reservefonds der Bruderlade zuzuwenden, wo der Ausgetretene als Mitglied eingetreten ist.

Die Beitragsleistung der Bergarbeiter Oesterreichs zu den Provisionskassen der Bruderladen richtet sich nach dem Alter sowie nach dem Stande, ob ledig oder verheiratet und wann der Arbeiter als Mitglied aufgenommen wird. Der überwiesene Anteil am Reservefonds, der von einer Bruderlade, welcher der Arbeiter früher angehört, an jene übertragen wird, der er später angehört, kommt bei dieser bei der Beitragsbemessung in Anrechnung. Tritt derselbe innerhalb der Vorbehaltsjahre keiner anderen Bruderlade bei, das heißt tritt er bei keinem oesterreichischen Bergbau innerhalb dieser Zeit in Arbeit, so kann er die Auszahlung des Reserveanteils beanspruchen. Ob nun aber ein solcher Arbeiter den Betrag in bar bekommt oder derselbe zinsbringend für ihn angelegt wird, bestimmt das Gesetz nicht direkt, sondern überläßt dies den Herstellern der Statuten. Sehr viele oesterreichische Bruderladen enthalten daher in ihrem Statut, daß der Reserveanteil nur bis zu einer Höhe von 100 Kronen nach Ablauf des Vorbehaltsjahres bar zur Auszahlung gelangt. Ist derselbe höher als 100 Kronen, so ist der ganze Betrag zinsbringend in der Postsparkasse anzulegen. In diesem Falle ist der Betrag samt Zinsenzuwachs, wenn der betreffende Arbeiter später einer anderen unter staatlicher Aufsicht stehenden Versorgungsanstalt beitrifft, dieser zuzuwenden oder wenn die politische Behörde die dauernde Erwerbsunfähigkeit eines solchen Arbeiters bestätigt, dann auszufolgen oder bei Ableben des Arbeiters an seine Hinterbliebenen. Die Auszahlung bezw. Ueberweisung erfolgt aber nur bei vollberechtigten Mitgliedern. Darunter sind nach dem oesterreichischen Bruderladengesetz alle jene schuldigen Arbeiter und Aufseher zu verstehen, welche bis zu einem Jahresverdienste von 2400 Kronen beschäftigt sind. Unter Minderberechtigten versteht das Bruderladengesetz jene Arbeiter, welche nur vorübergehend im hochtönen bemessbaren Zeit beim Bergbau in Arbeit stehen und weiter jene, welche erst nach dem 40. Lebensjahre in einen Bruderladenverband als Mitglied treten. Minderberechtigte Mitglieder haben bei der Provisionskasse nur Anspruch auf eine Rente, wenn die Erwerbsunfähigkeit durch einen Betriebsunfall eingetreten ist. Auf die Auszahlung resp. Ueberweisung eines Anteils am Reservefonds steht den Minderberechtigten ein Recht nicht zu.

Nach den hier angeführten gesetzlichen Bestimmungen aus dem Jahre 1889 müßte man erst annehmen, daß der Anspruch auf Auszahlung, Ueberweisung oder zinsbringende Anlegung des Reservefonds für alle vollberechtigten Mitglieder oesterreichischer Bruderladen Gültigkeit hat. Dies ist nun nicht so. Man kann schon bei Schaffung dieses Gesetzes auf die verlotterten Zustände in den oesterreichischen Bruderladen, Hinterziehung der Beitragsleistung seitens der Gewerkschaften an die Bruderladen, Nichtabführung der geleisteten Beiträge von den Arbeitern, durch die Gewerkschaften und deren Beamten, Rechtslosigkeit der Arbeiter bei der Verwaltung brachten es mit sich, daß viele oesterreichische Bruderladen finanziell schlecht bestellt waren und keine Garantie boten, die statutenmäßigen Rechte der Mitglieder dauernd zu gewähren. In dem Vorwort zum oesterreichischen Bruderladengesetz spricht man dort allerdings nicht von diesen Ursachen, sondern man nennt diese auf diese Art herabgekommenen Bruderladen „notleidende Bruderladen“. Es heißt darin, daß schon damals das Gesamtdefizit der oesterreichischen Bruderladen 20 Millionen Gulden = 40 Millionen Kronen betrug und derselbe nach dem damaligen Stande der Bruderladen jährlich noch um $\frac{1}{2}$ Mill. Gulden = 3 Mill. Kronen anwachsen müßte. Die Regierung schlug damals daher eine Sanierung der Bruderladen durch Zuschuß aus Staatsmitteln vor, die Gesetzgebung lehnte

dieses jedoch mit der Begründung ab, daß erstens dies dem bisherigen Vorgange widerspreche, zweitens mit der Zeit große Ausgaben erwachsen dürften und endlich, weil die Verteilung der Staatsmittel an die Brudersluden Unzufriedenheit bezüglich der Anstellung verursachen könnte. Auch den weiteren Vorschlag der Regierung, die sogenannten notleidenden Brudersluden auszulösen, lehnte die Gesetzgebung ab, weil hierdurch viele Arbeiter hart betroffen würden. Auch lehnte die Gesetzgebung damals ab, auf die Werkbesitzer eine PreSSION auszuüben. Man legte daher eine Sanierungsform schon damals zu recht, die zwar in keiner Weise gerecht, aber dafür äusserlich ist.

Die Maßnahmen, die durch das Gesetz angeordnet wurden, waren folgende:

1. Erhöhung der statutenmäßigen Beiträge.
 2. Herabsetzung der Provisionen unter das gesetzliche Mindestmaß von 200 Kronen bis auf 50 Prozent.
 3. Reichen die vorerwähnten Maßregeln nicht aus, so können auch die bereits liquidierten Provisionen gekürzt werden.
- Endlich wurde auch die Sanierung der Brudersluden durch Aufnahme von Kapitalien, welche durch 25 bis 30jährige Abzahlung zu tilgen und von den Werken und Versicherten zu tragen sind, angeordnet.

Doch auch diese gesetzlichen Bestimmungen wurden sehr lax behandelt. Einerseits werteten sich die Arbeiter sehr stark, sich höhere Beiträge bei niedrigen Provisionen aufhalten zu lassen, andererseits wollten auch die Werkbesitzer selbst nicht tiefer in den Beutel greifen. Erst durch Nachtragsgesetze und Verordnungen aus den Jahren 1890 bis 1892 wurden die Berghauptmannschaften ermächtigt, dies zwangsweise durchzuführen.

Die Sanierung wurde dann auch hierauf ausgedehnt, daß die Brudersluden, welche passiv sind, an jene älteren Mitglieder, welche schon 1897 in Brudersluden versichert waren, Reserveanteile nicht auszuhändigen, überwiegen oder zinsbringend angelegt werden. Dadurch ist die Auszahlung oder Ueberweisung der Reserveanteile auch nicht mehr eine allgemeine Unordnung, sondern bezieht sich nur auf die Mitglieder jüngerer Zeit. Abgesehen von den gesetzlichen Bestimmungen wird die Auszahlung der Reserveanteile auch noch durch statutarische Bestimmungen beschränkt. So hat z. B. die Brüder Zentralbruderslade, welche mehr als 27 000 Mitglieder umfaßt, die Bestimmung in ihrem Statut, daß für Mitglieder bis zum 27. Lebensjahre Reserveanteile nicht ausgefolgt werden, trotzdem diese Brüderlade aktiv ist. Bei den passiven Brudersluden trifft diese Maßregel hauptsächlich auch solche Bergarbeiter, die in das Ausland abziehen. Nicht selten, wenn sie dann in Deutschland solange sind, bis ihr Vorbehaltsjahr verstrichen ist, verlangen sie in Oesterreich die Auszahlung der Reserveanteile, ohne jedoch hierfür die Bestimmungen genau zu wissen. Organisierte Bergarbeiter wenden sich an den Verband um die Vermittlung. Die Vertrauensmänner des deutschen Bergarbeiterverbandes können sich aber in so manchen Fällen in die österreichischen Rechtszustände der Bergarbeiter-Versicherung nicht hineinfinden und es erwachsen ihnen Schwierigkeiten bei der Vermittlung oder werden diesbezügliche Eingaben überhaupt abgewiesen. Ich komme nun, indem ich diese Verhältnisse der deutschen „Bergarbeiter-Zeitung“ zur Veröffentlichung überlasse, einem mehrjährigen Wunsche der Vertrauensmänner des Bergarbeiter-Verbandes in Deutschland nach. Es werden daher Reserveanteile nur an vollberechtigte Mitglieder in Oesterreich ausbezahlt:

1. Nach Ablauf des Vorbehaltsjahres.
 2. Bei mehreren Brudersluden, wenn der Reserveanteil nicht 100 Kronen übersteigt.
 3. Bei Mitgliedern nach den Uebergangsbestimmungen (Sanierungsgruppe), wenn die Bruderslade aktiv ist.
 4. Wenn nicht sonstige Beschränkungen in dem Statut vorhanden sind.
- Franz Ebert.

Jahresbericht der sächsischen Berginspektion auf das Jahr 1905.

„In den deutschen Bergwerken ist alles musterhaft bestellt, dafür sorgt schon unsere Berginspektion, und wenn zwar auch alljährlich tausende Menschenleben darin umkommen oder wenigstens zum Krüppel werden, nun — so sind das eben die „natürlichen Gesetze“ des Bergbaues, oder die Arbeiter sind zum großen Teil selbst daran schuld.“ So klingt das Halleluja der Werkbesitzer. Und wer die Jahresberichte der sächsischen Berginspektoren liest, der möchte auf den sächsischen Bergbau auch fast das bekannte Wort Schillers anwenden: „Die besten Frauen sind, von denen man am wenigsten spricht!“ Denn die Berichte über die einzelnen Berginspektionsbezirke umfassen ja nur drei bis vier Druckseiten. Man bedenke: Jahresberichte sollen das sein! Wenn eine der kleinsten Zahlstellen des Bergarbeiterverbandes von ihrer Tätigkeit einen auch nur einigermaßen brauchbaren Jahresbericht schreibt, so würde sie dazu mindestens den vier- bis fünffachen Umfang benötigen. Wenn auch im allgemeinen die Kürze der Rede Würze ist, so darf dieser Grundsatz auf die Berginspektorenberichte doch nicht in allzu buchstäblichem Sinne angewandt werden, denn diese haben für die Öffentlichkeit doch schließlich mehr Interesse, wie etwa ein Bericht von einem Volkerabend. Ein Berginspektorenbericht sollte doch ein möglichst erschöpfendes Bild geben über die Verhältnisse des Bergbaues und der mit diesem direkt zusammenhängenden Faktoren. Das vermischen wir aber in den in Rede stehenden Berginspektorenberichten wiederum. Sie erwecken vielmehr den Eindruck von bloßen ausgefüllten Fragebogen, denn sämtliche acht Berichte sind gleichmäßig in folgender Weise geordnet: 1. Allgemeines (31—64 Zeilen), 2. Jugendliche Arbeiter (8—30 Zeilen), 3. Arbeiterinnen (11¹/₂—31 Zeilen), 4. Sonntagsarbeit (3¹/₄—38 Zeilen), 5. Unfälle 9, 12, 14, 15, 16, 17, 18 und 68 Zeilen; nur der Bericht vom Inspektionsbezirk Freiberg III, welcher die unterirdisch betriebenen Brüche und Gruben, welche nicht unter die Berggesetzgebung fallen, behandelt, berichtet an Stelle der Sonntagsarbeit über „Arbeiter im Allgemeinen“, in welcher Rubrik auch die Sonntagsarbeit in den Tongruben mit 7 Zeilen besprochen wird.

Ferner behandelt der letztgenannte Bericht noch die „gesundheitsschädlichen Einflüsse“ mit 4 Zeilen, und die „wirtschaftlichen und sittlichen Zustände der Arbeiterbevölkerung; Wohlfahrtsvereinigungen; Verschiedenes“, mit 17 Zeilen. Daß bei solcher Dürftigkeit die Berginspektorenberichte bei ernsthaften Lesern eine beachtliche, sozialpolitische Wertschätzung nicht beanspruchen können, ist ohne weiteres klar. Mit diesem unserem Urteile wollen wir aber nicht die berechtigtesten Berginspektoren speziell treffen, denn diese sind leider dazu verurteilt, solche sozialpolitisch wertlose Berichte zu geben, seitdem die Reichsregierung den Gewerbeinspektoren generell unterlagert hat, eigene Urteile und praktische Vorschläge darin niederzulegen. Obwohl auch die Berichte der Gewerbeinspektoren noch vieles aus diesem Grunde zu wünschen übrig lassen, so haben sie doch in bezug auf Gründlichkeit manches vor denen der Berginspektoren voraus. So umfaßt z. B. der Bericht des Gewerbeinspektors für die Berghauptmannschaft Zwickau allein über 100 Seiten, dagegen aber die sämtlichen acht Berginspektorenberichte, also des gesamten sächsischen Bergbaues, zusammen nur 44 Seiten. Was sind die Ursachen dieser Erscheinungen? Die Antwort hierauf dürfte unschwer zu finden sein: Die Vielgestaltigkeit des Arbeitsgebietes eines Gewerbeinspektors bringt es zunächst mit sich, daß dieser zu den einzelnen Arbeitgebern in keinem engeren Verhältnis steht. Sehr selten geht der Verkehr des Gewerbeinspektors mit den Arbeitgebern über den Rahmen der üblichen Gepflogenheiten und Formeln hinaus.

Dagegen erstreckt sich das Arbeitsgebiet des Berginspektors nur auf ein und dieselbe Betriebsart, und die Leiter dieser Betriebe sind

ihm zumeist nicht gleichgültige Personen, die er nur mit den üblichen Verkehrsgepflogenheiten zu respektieren braucht, und die ihm gegenüber auch nur in gleicher Weise verbunden sind, sondern diese Personen sind vielfach seine Verwandten und nähere Bekannten, mit denen er zum Teil selbst oder mit deren Söhnen er zusammen seine Jugend auf dem Gymnasium und der Bergakademie verlebte. Ferner aber betrachten viele Berginspektoren diese ihre Stellung auch nur als Durchgangsstationen bis zum Bergwerksdirektor. Ja viele Berginspektoren haben schon beim Eintritt in ihr Amt einen ungeschriebenen Einladungsbrief für den Posten eines Direktors irgend einer größeren Bergwerksgesellschaft als etwas selbstverständliches in der Tasche. Damit wollen wir keineswegs behaupten, daß nun die Berginspektoren geflissentlich die Augen verschließen vor manchen Mißständen und sonstigen erwähnenswerten Vorkommnissen im Bergbau, sondern um unseren Lesern darzutun, daß die außerordentliche Dürftigkeit der Berginspektorenberichte durch das besondere soziale Milieu der Berginspektoren verstanden werden muß.

Unter „Allgemeines“ erzählen uns die Berichte zunächst von dem im Betriebe gewesenen Werkanlagen und der Arbeiterzahl, deren Wiedergabe wir uns jedoch an dieser Stelle ersparen können, da wir erst vor kurzem darüber bei der Besprechung des Jahresberichtes der Sektion VII der Knappschaftsberufsgenossenschaft berichtet haben.

Die Gesamtzahl der Revisionen betrug im Industriebezirk: Dresden bei 39 Betriebsanlagen 420, davon waren Unfalluntersuchungen 98; Freiberg I bei 13 Betriebsanlagen 170, davon waren Unfalluntersuchungen 20; Freiberg II bei 45 Betriebsanlagen 170, davon waren Unfalluntersuchungen 18; Leipzig bei 24¹/₂ Betriebsanlagen 296, davon waren Unfalluntersuchungen 54; Delitzsch i. C. bei 24 Betriebsanlagen 642, davon waren Unfalluntersuchungen 239; Zwickau I bei 49 Betriebsanlagen 641, davon waren Unfalluntersuchungen 245; Zwickau II bei 26 Betriebsanlagen 690, davon waren Unfalluntersuchungen 151;

Somit erfahren wir über die Revisionen, daß das Verhältnis der Revisionsbeamten zu den Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein gutes war. Auch das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer soll allgemein ein gutes gewesen sein. Ob die Herren Berginspektoren wirklich nicht wissen, daß das Gegenteil der Fall ist; ob sie wirklich nichts wissen von der empörend prozedurhaften Behandlung vieler Werkverwaltungen gegenüber den Arbeitern; ob sie wirklich nichts wissen von der schnodderigen Behandlung, die sich zuweilen sogar Arbeiterausschüsse von Werksektionen gefallen lassen mußten; haben die Herren Berginspektoren es denn schon vergessen, in welcher Weise die Belegschaften am Ende des vorigen Jahres in mehreren Massenberammungen über dieses „gute Verhältnis“ geurteilt haben? Die Herren mögen sich doch künftig darüber bei der Bergarbeiterorganisation Auskunft holen, anstatt bei den Werkverwaltungen, dann wird ihnen dieses „gute Verhältnis“ an der Hand einer Fülle von Beispielen geschildert werden, daß den Herren Berginspektoren die Haare zu Berge stehen.

Die statistischen Mitteilungen über Unfälle können wir an dieser Stelle ebenfalls übergehen, da wir diese auch bereits vor kurzem besprochen haben.

Nur vermischen wir bei diesem Kapitel eine Mitteilung über die Art und Beschaffenheit der Transportmittel für Kranke und Unfallverletzte innerhalb des Grubenbetriebes. Den Herren Berginspektoren scheint es unbekannt zu sein, daß es damit noch äußerst dürftig bestellt ist, ja, daß vielfach Unfallverletzte sogar noch in Förderhunden transportiert werden, anstatt in ordentlichen Krankenwagen.

Im weiteren ist an den Berichten nur noch bemerkenswert, die Sorge des Herrn Berginspektors Seemann vom Inspektionsbezirk Leipzig über die Gefahr des Zusammenarbeitens der jugendlichen mit den erwachsenen Arbeitern, nämlich, daß „dadurch in die jugendlichen Arbeiter vielfach frühzeitig der Geist der Unzufriedenheit einzieht.“ Herr Seemann betrachtet demnach die sozialen Erscheinungen der Gegenwart nicht vom Standpunkte eines vorurteilslosen Sozialpolitikers, sondern durch die gegen alle Objektivität getriebene Pastorenbrille.

Ueber die sanitären Verhältnisse, speziell über Badeeinrichtungen auf den Werken, erfahren wir nur mit wenigen Zeilen etwas. Aber wie kann denn die Bergbehörde auch an alles denken.

Im übrigen enthalten die Berichte, wie gesagt, nichts weiter für den ernsthaften Sozialpolitiker beachtenswertes.

*) In dem Berichte des Inspektionsbezirk Leipzig ist die Zahl der Betriebsanlagen nicht angegeben.

„Freie Worte“

nennt sich das Organ der Frei-Sozialisten in Oesterreich. Ebenso wie in Deutschland die Herren von der „Einigkeit“ und dem Wiesenthal-Verbande gegen die Zentralorganisationen losziehen, macht es auch dieses unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinende Blättchen in Oesterreich, nein, noch viel schlimmer. Es gibt sich offen zum Verräter der Arbeiterinteressen her. Obgleich der Journalist Simon Starck weiß, daß die deutschen Bergarbeiter vor einer Lohnbewegung stehen, gibt er die Spalten seines Blättchens dazu her, Inserate von deutschschleischen Gruben aufzunehmen, wo nach diesem Land, in welchem unsere Kameraden in so traurigen Verhältnissen leben, Bergarbeiter gesucht werden. Unser Freund Starck von Zentralverband der österreichischen Bergarbeiter „Union“ klopfte ihm dafür in „Glück auf“ gehörig auf die Finger. Nun spielt Herr Starck den Beleidigten und will der Welt weiß machen, daß er mit der Aufnahme dieses Inserates nur einen Schachzug verfolgt habe. Er sagt, durch die Aufnahme dieses Arbeitergesuches hätten die Werke Angst bekommen, ihre Arbeiter zögen ab und feiner „Diplomatie“ sei es zu bedanken, daß ohne Streik Forderungen bewilligt wurden. Die Kameraden von der „Union“ sind aber der Meinung, daß, wenn die Herren Frei-Sozialisten und Unarischen ihre Finger von der dortigen Lohnbewegung gelassen hätten, dieselbe für die Bergarbeiter viel günstiger verlaufen wäre. Auch angenommen, die Aufnahme des schleichen Inserates in Nr. 38 der „Freien Worte“ habe wirklich nur den Zweck, den Herr Starck angibt, verfolgt, was soll denn in Nr. 39 desselben Organs folgendes Inserat befohlen:

„Arbeiter“

bei hohem Lohne gesucht. Unverheiratete Arbeiterwohnungen frei. Briefliche Anfragen werden sofort beantwortet. Zechau-Kriehitzscher Kohlenwerke Zechau, Post Rositz, Sachsen-Altenburg.

Vielleicht wird uns Herr Starck sagen, auch damit verfolge er eine Taktik. Nun, jedenfalls wird es diese sein, ebenso wie die österreichische Lohnbewegung, die der deutschen Bergarbeiter zu führen. Netze Frei-Sozialisten!

Soziale Rechtfertigung und Arbeiter-Versicherung.

Gutachten eines Arbeitersekretariats.

Wie hoch muß der Lohn eines ledigen Arbeiters sein, um notdürftig leben zu können?

Das Frankfurter Arbeitersekretariat wurde Ende vorigen Jahres vom Vorsitzenden des Landgerichts Frankfurt a. M. um Abgabe eines Gutachtens ersucht, wieviel ein lediger Arbeiter haben muß, um sich notdürftig durchzubringen.

Die gutachtliche Äußerung des Arbeitersekretariats lautet wie folgt: Für Wohnung muß bei den hohen Mietpreisen in Frankfurt a. M. auch für ein sehr beschränktes Zimmer der Betrag von mindestens monatlich auswendig werden. Für Beleuchtung und Heizung muß im Jahresdurchschnitt für den Tag mindestens M. — 20, also monatlich gerechnet werden. Für Nahrung sind wenigstens täglich folgende Beträge aufzuwenden:

a) Frühstück (1. und 2.)	M. — 35
b) Mittagessen (Speise — 50, Bier — 12)	— 62
c) Vesper	— 33
d) Abendessen (Speise 0,40, Bier — 12)	— 52
mithin täglich	M. 1,34
oder monatlich	56,—
Für Zeitungen und Bücher	M. 1,50
Tabak M. 2,—	3,50
Für Beiträge zur Arbeiterversicherung wöchentlich M. — 0,86, für Gewerkschaft — 50, sind also monatlich	6,80
aufzuwenden.	

Für Kleidung muß ein Arbeiter in Frankfurt a. M. jährlich mindestens folgende Beträge gebrauchen:

2 Anzüge, einen zu M. 80,—	M. 90,—
Ueberzieher (alle 3 Jahre M. 45,—)	15,—
Stiefel Mützen und Kravatten	10,—
Wäsche und Reinigung derselben	80,—
	M. 195,—
Stiefel 2 Paare	24,—
Reparaturen der Stiefel (10 mal)	31,—
Summa jährlich	M. 250,—

mithin monatlich. Ferner sind für kleine Ausgaben (Fahrgeld für Tram Bahn, Briefpapier, Porto) wenigstens im Monat erforderlich. Der gesamte Geldbetrag, den ein Arbeiter in Frankfurt a. M. mithin monatlich gebraucht, um die zur Erhaltung seiner Arbeitskraft, zum mindesten erforderliche Lebenshaltung führen zu können, beläuft sich u. E. monatlich auf

Bei der Abgabe unseres Gutachtens mußten wir, bemerkt das Sekretariat hierzu, von der in Frankfurt üblichen Lebenshaltung ausgehen. Hierbei haben wir berücksichtigt, daß es sich im fraglichen Falle um einen Schreiner handelt, der für Bekleidung und Wäsche etwas weniger braucht, als Arbeiter, die schmutzige Arbeit verrichten müssen. Dieses Gutachten mögen sich unsere Kohlenbarone zu Gemüte ziehen, denn es hat noch genug verheiratete Bergarbeiter, die den oben angegebenen Lohn nicht verdienen. Wie sollen diese Kameraden auskommen?

Die Schadenersatzklage der Hamburg-Amerika-Linie gegen 142 maffierende Schauerleute ist endlich vor dem Hamburger Gewerbegericht zu Ende geführt worden. Die beklagten, fest angestellten 142 Schauerleute wurden verurteilt, jeder 18 Mark an genante Gesellschaft zu zahlen, in Summa also 2556 Mark, außerdem müssen sie auch die Kosten des Prozesses tragen. Die Hamburg-Amerika-Linie verlangte anfänglich 12 000 Mark, ist also mit diesem Begehren, das nur einen kleinen Teil des erlittenen Schadens ausdrückt, gefällig abgegangen. Im Prinzip hat die Gesellschaft aber Recht bekommen.

Eine Warnung für Streikbrecher. Der Steinbruder Hermann Binkau war bei der Kumpfstadt von Schneller & Co. in Nürnberg beschäftigt und wurde am 2. Juni mit ausgesperrt. Er erhielt aus der Streikklasse eine wöchentliche Unterstützung von 23 Mark. Anfangs Juli fertigte er im geheimen bei einem Hosieryunternehmer Streitarbeiten für die Firma Schneller & Co. an. Trodheim ließ er sich die Streikunterstützung ruhig weiter bezahlen. Das führte ihn wegen Betrugs vor Gericht. Er wurde zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt. In der Begründung wurde als besonders erschwerend hervorgehoben, daß er Arbeiter ist und an seinen eigenen Arbeitskollegen so treulos handelt. Auf keinen Fall hätte er die Streikunterstützung weiter annehmen dürfen, nachdem er gearbeitet hatte.

Eine einjige schwere Klage gegen Regierung, Reichstagsmehrheit und Agrarier ist der 22. Geschäftsbericht des Jahres 1905—1906, des zweitgrößten deutschen Konsumvereins Leipzig-Plagwitz. In der Generalversammlung am Sonntag, den 30. September, führte nämlich der Geschäftsführer Johannes aus, daß die Geschäfte des Konsumvereins, durch den Zolltarif entscheidend beeinflusst worden seien und in Zukunft noch mehr beeinflusst sein werden. Wohl sei das letzte Jahr ein Prosperitätsjahr im deutschen Wirtschaftsleben gewesen, wohl haben die Löhne der Arbeiter etwas angezogen. Aber dieser Vorteil sei doppelt und dreifach durch die Steigerung der Lebens- und Genussmittelpreise wieder aufgehoben worden. Der Umsatz sei allerdings um M. 207 888 gegen das Vorjahr gestiegen. Bro Mitglied entfiel ein Durchschnittsumsatz im Jahre 1904 von M. 329,70, im Jahre 1905 von M. 341,30 und im Jahre 1906 von M. 373. Aber der Warenumsatz ist deshalb nicht gestiegen. Trotzdem das einzelne Mitglied im Jahre 1906 mehr Geld an den Konsumverein bei seinem Umsatze bezahlt hat, hat es nicht mehr Waren dafür bekommen als im Vorjahre. Fast alle Konsumartikel hätten im Preise bedeutend angezogen. Daraus erklärt es sich, daß der Umsatz in den Spezial- (Schuh- und Schneidwaren) Geschäften sich vermindert habe. Mühe der Arbeiter für seine notwendigen Lebensmittel um so viel mehr als bisher bezahlt, dann ist er gezwungen, beim Kauf von Wäsche und sonstigen Bekleidungsartikeln zurückzuhalten. Zum Beweise für die Preissteigerung, die die notwendigen Lebensmittel erfahren haben, folgendes: Die Kartoffelernte sei in diesem Jahre 12 Mill. Tonnen höher als im Vorjahre. Trotzdem stehen die Kartoffelpreise jetzt oft 25 und 30 Prozent höher. Auch die Roggen- und Weizenerte sei keine unglückliche gewesen, aber der Preis des Roggens ist ganz unvernünftig gestiegen. Roggen notierte an der Leipziger Börse im Juni 1904 = M. 131, 1905 = M. 158, 1906 = M. 168 und jetzt = M. 172. Der neue Zolltarif bringt allein für Roggen einen Aufschlag von 42 Prozent. Da mit Sicherheit anzunehmen ist, daß der Kornpreis weiter steigen wird, ist der Konsumverein gezwungen, die Brotpreise zu erhöhen. Ebenso exorbitant haben die Preise für Hülsenfrüchte, Heringe und Schmalz angezogen. Die Fische steigen aber gar derart im Preise, daß sie aus einem Nahrungsmittel zu einem Genussmittel werden müssen. Trotzdem die Qualität schlechter sei als in den Vorjahren, sei der Einfuhrpreis für Fische jetzt genau so hoch, als sonst der Verkaufspreis. Vor allem sei aber der Fleischkonsum ganz bedeutend gefallen. Auf dem Leipziger Schlachthofe wurden im Jahre 1906 = 14 876 Stück Vieh weniger aufgetrieben, und dabei ist der Viehaufrtrieb schon im Jahre 1905 um 10 428 Stück zurückgegangen. Kein Wunder, wenn dabei die Viehpreise kolossal gestiegen sind.

Es betrug der Preis im August			
für Ochsen	Rinder	Schafe	Schweine
1904 M. 75	M. 49	M. 38	M. 56
1905 " 84	" 56	" 42	" 72
1906 " 92	" 60	" 44	" 76

Bei solchen Fleischpreisen müssen allerdings die Arbeiter unfreiwillig zu Vegetariern werden. Da der Butterpreis auf M. 117 gegen M. 112 im Jahre 1904 gestiegen ist, steigt zwar der Konsum, aber auch der Preis der Margarine. Den allerhöchsten Preisaufschlag haben aber Mandeln und Rosinen erfahren, da allein der Zollaufschlag 200 Prozent beträgt. Diese Steuerungen, sagte der Geschäftsführer des Konsumvereins, sind nicht durch Mähernten, sondern durch die offizielle Handels- und Zollpolitik des Deutschen Reiches gekommen. Und diese Steuerung werde leider auch noch für die Zukunft anhalten! Der ganze Bericht bestätigt, daß der Zolltarif dem Proletariat schwere Wunden schlagen wird.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Noch mehr Werksüberschüsse.

Die Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Langenbrachm erzielte in den beiden Monaten Juli und August 1906 einen Nettovertriebsüberschuss von 212 550,77 Mark. — Die Hannoverische Maschinenbau-Aktiengesellschaft in Linden bei Hannover verteilte 20 Prozent Dividende. — Die Eisenhütte Westfalen in Bochum verteilte 15 Prozent Dividende. Also auch die Herren von Stahl und Eisen verstehen ebenso wie die der schwarzen Diamanten ihr Geschäft. — Claraenberg, Aktien-Gesellschaft für Kohlen- und Zinnindustrie hatte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Rohgewinn von 378 074,60 Mark. Die Anteilnehmer erhielten die „kleine“ Summe von 29 180 Mark. Braunkohlearbeiter, gehen auch bei solchen Ueberschüssen nicht die Augen auf? Verlangt auch euren Anteil!

angefahren, da hier ziemlich bestraft wird, muß doch auch eine ganz schöne Summe ausgezahlt werden. Auch wurde schon von verschiedenen Kameraden angeregt, wenn die Kasse so gut im Schick ist, ob nicht vielleicht auch diejenige, welche eine Lebung machen, eine Unterstützung bekannt machen. Der Verwaltung empfehle ich, wie all das Angeführte zur Beachtung.

Zeche General. Im Flöz Wasserfall, dritte Sohle, sind die Fahr- schächte in einem Zustande, daß es bald nicht möglich ist, sie zu betreten. Auf der VI ist die Strecke über den offenen Pfeiler getrieben, der Pfeiler ist schon stellenweise gebrochen und doch wird noch darüber ge- fahren. Zur zweiten Sohle geht kein Lieberbau, so daß keine Wetter- zirkulation besteht und wenn der untere Lieberbau zu Bruch geht, kann man in der Falle sitzen wie eine gefangene Maus. Wie hier das Bedingte berechnet wird, beweist folgendes: Sechs Hauer waren an einer Arbeit und in einem Bedingte. Nun bekamen sie aber folgende Löhne ansbezahlt:

Table with 3 columns: No., Rate, Amount. Row 1: 1, 18 1/2, 70,54 Mark. Row 2: 2, 10 1/2, 76,41. Row 3: 3, 20 1/2, 75,72. Row 4: 4, 20 1/2, 75,72. Row 5: 5, 22 1/2, 85,81. Row 6: 6, 22 1/2, 85,81.

Von dem geringen Verdienste gang zu schweigen, hat derjenige, der nur 10 1/2 Schichten macht noch mehr erhalten, als derjenige, der 20 1/2 Schichten hatte, obwohl sie gleiches Bedingte und derselbe Arbeit hatten. Beschwerde soll schon an die Bergbehörde vor längerer Zeit, die Abhne sind vom April - gerichtet sein, ob sie etwas helfen wird?

Zeche Graf Schwerin. Im Flöz X ist das Bergemittel so stark, daß es unmöglich ist, reine Kohlen zu liefern und doch werden die Kameraden wegen Lieferung unreiner Kohlen bestraft. Auch die Be- zahlung des Rampenlohs könnte wegfallen, auf anderen Seiten ist diese alte Mode schon längst verschwunden. Es läßt sich auch jeden- falls einrichten, daß ein Kohlitagen die Nachschichtler ihr Geld direkt nach der Selbstarbeit bekommen, denn manche haben eine Stunde Weges nach Hause und ist es nicht angenehm für den milden Bergmann, noch einmal diesen Weg zurück zur Zeche zu machen. Die Verwaltung möge deshalb für Abhilfe sorgen.

Zeche Gamburg. Unlängst meinte ein Fahrhauer: „Unser Mitt scheint ja ein Wäghen in der „Bergarbeiter-Zeitung“ gemietet zu haben.“ Es sieht auch wirklich so aus, so oft müßten wir uns mit dieser Zeche beschäftigen. Besonders klagen die Kameraden auf der dritten Sohle über den Stielger. Abhne von 4 Mk. und einigen Pfennigen sind da keine Seitenheit, dabei noch an Vorrichtungarbeiten. Man sollte schon eher ein besseres Bedingte einführen und nicht erst, wenn die Leute klagen, sagen: „Ihr müßt euch das beste Ort aussuchen, wenn ihr hier bleibt.“ Gibt es doch auch Kameraden, die heute abkehren und morgen wieder kommen, als wenn sie sich im Mitt ein Bergemittel gemietet hätten. Dann ist es kein Wunder, wenn der Stielger sagt: „Na, August, wer nicht im Verband ist und geht von Gamburg weg, der kommt bald wieder.“ Also hält er wenigstens die Verbändler für etwas schlauer. Die Inorganikern sollten darüber nachdenken und als Gesamt dem Verbands beitreten, kraft unserer Einigkeit würden wir dann schnell bessere Verhältnisse schaffen.

Zeche Heddinghausen, Schacht I. Bei den vielen Ueberschichten, die jetzt verfahren werden, ist es kein Wunder, wenn sich der milde, ab- gerackte Bergmann einmal verläßt, oder einmal eine Schicht feiert, weil er es eben nicht mehr aushalten kann. Weidert sich nun solch ein „Sünder“ nachträglich, so wird er mit den schäbsten Rosenamen von den Stielgern tituliert und noch obenbrein mit 2 Mk. oder 2,50 Mk. bestraft. Der Stielger S o l l e p soll auf diesem Gebiete ganz besonders zu Hause sein. Eine solche Behandlung trägt auf alle Fälle mit dazu bei, die Kameraden zum Nachdenken zu bringen, auf daß sie einsehen lernen, daß nur eine kräftige Organisation es fertig bringen kann, ihre Lage zu verbessern.

Oberbergamtsbezirk Bonn.
Zeche Wuten. Wie überall, so auch hier, können die Arbeiter nicht genug Kohlen liefern. Die bergpolizeilichen Vorschriften können schon nicht mehr genau befolgt werden, da dann so manche Arbeiter am Kohlitage leer ausgehen, andererseits würden sie aber auch von den Beamten als Faulenzer tituliert und schließlich auf Pfaster geschmissen werden. In manchen Strecken geht der Schlamm den Arbeitern über die Schuhe. Für unehne Kohlen gibt es bis zu 2 Mark Strafe, im Verberhaltungsfalle sogar drei Tage Ablegung. Durch die gestiegenen Lebensmittelpreise, die Grenzsperr, das grenzenlose Stinaufschrauben der Steuern und Mieten, kann der Arbeiter bald nicht mehr bestehen, noch dazu, wo die Tagesarbeiter kaum über 8 Mark erhalten. Schulden und abermals Schulden heißt daher die Lösung. Wann wird es besser werden, so fragt mit bangem Herzen mancher Familienvater. Die Frage ist leicht gelöst: Ihr Bergarbeiter, schließt euch zusammen, seid einig, wie das Unternehmertum dies ist, dann werdet auch ihr als Menschen geachtet und beachtet werden. Vorwärts, werdet Mitglieder für den Verband der Bergarbeiter Deutschlands!

Zeche Reserve. Als es im vorigen Jahre die Arbeiter hier leid wurden, länger für die miserable Bezahlung zu arbeiten und jedenfalls eine Lohnbewegung ausgedroht wäre, legte die Verwaltung schnell einige Pfennige zu. Nun glauben aber auch die Leute, keine Organi- sation mehr nötig zu haben. Die Werksverwaltung hatte damit ihren Zweck erreicht und brachte es in letzter Zeit sogar fertig, einem Teil der Schichtführer 25 Pfennig pro Schicht abzuziehen. Auslösch ist vorhanden, daß weitere Abzüge folgen, trotz der Hochkonjunktur, dann den Kameraden, die ohne Organisation etwas erreichen zu können glauben. Das Ueberschichtenwesen reizt auch hier immer stärker ein und freies Siedtum und Bergfertigke werden die Folgen davon sein. Die Strecken befinden sich in einem schlechten Zustande, was bei der Kohlenhege, die bald an Raubbau grenzt, kein Wunder nehmen kann. Waderäume sind zu wenig, die vorhandenen haben zu wenig Ventilation und beherbergen ungeheuer. Rettungapparate sowie Tragbahnen konnten die Kameraden bis jetzt noch nicht bemerken. Es wurden daher schon öfters Verunglückte auf Steinwagen transportiert. Die Abortkübel könnten zahlreicher und rein- licher sein. Abhne unter vier Mark sind nichts seltenes und das Fratz davon ist, daß die Bergarbeiterfamilien mit Schulden belastet sind. Jetzt machen aber auch die Kameraden auf, vielmehr sie werden auf- gepöppelt vom Unternehmertum. Mögen sie aber auch in Zukunft an ihrer Organisation festhalten und die Indifferenten herbeiholen in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Schacht Rudolph bei Frankfurt a. d. Ober. Am 23. Sep- tember, während der Frühstückspause, kam unser Betriebsführer S t a r k e an das Füllort und mußt schwer auf, daß nicht genug Wagen gefahren seien. Als ihm ein Kamerad erklärte, da sei der Herr Betriebs- führer selbst schuld, da er Leute zwischen sie gesteckt habe, die kein Wort deutsch verstanden, schlug ihm der starke Herr mit dem Stabe über den Rücken, jedenfalls aus lauter „Spaß“. Es sprangen aber sofort einige Kameraden hinzu, die sich des Bedrängten annahmen. Der Hauer gab Herr Starke den Wunsch zu erkennen, sie sollten die Stuben - Schleppler mit dem Hauenhelm bearbeiten, wenn sie nicht fleißig wären. Ob Herr Starke aus einer Gegend kommt, wo dies Mode ist? Wir verbitten uns dies ein für allemal. Auch sonst scheint dem Herrn an der Sicherheit seiner Leute nicht viel zu liegen. Meinte er doch zu einem Kameraden, der ihm meldete, daß in einer Strecke, wo er abbauen sollte, vier Stempel gebrochen seien: „Nanu, dann gehen Sie doch lieber in eine Kuchendöckerei“. Noch ein Fall muß hier erwähnt werden. Am 27. August wurde ein Kamerad von leser Kohle überführt, er geriet dabei mit dem Kopf zwischen Treibholz und Kappe, so daß er nicht vor- noch rückwärts konnte. Ein Kamerad erfasste ihn mit eigener Lebensgefahr und zog ihn heraus. Bei dieser Gelegenheit äußerte Herr Starke: „Weshalb haben Sie ihn heraus- gezogen?“ Sollte der Kamerad den Mann wohl stecken lassen? Sehr „human“ Herr Starke!

Königreich Sachsen.

Kaisergrube (Grödort). Unmöglich wird es hier immer ungemüt- licher. Schon im Frühjahr erklärte unser gestrenger Herr: „Wenn wieder Artikel von hier in der Zeitung erscheinen, kommen einige aus eurer Mitte heraus.“ Am 18. September wurde auf diesem Werte nun das 30jährige Jubiläum gefeiert. Auch einige Arbeiter feierten ihr Dienst- jubiläum. Es fällt dort hoch hergegangen sein. Oben wurden Gelage gefeiert und unten in der Grube teilte Obersteiger K o l b einem Arbeiter W., der sich unmögl fühlte, mit, daß er entlassen sei. Am Tage wurde ihm auch der Krankenschein erteilt und der Herr Direktor hatte nichts gegen die Entlassung einzuwenden. Wenn die Herren glauben, damit die Kritik über die Kaisergrube unterbunden zu haben, so sind sie auf dem Holzwege, denn wenn auch S. gegangen, andere sind geblieben. Der Grubenverwaltung aber müßten wir raten, die Kameraden in der

jetzigen Zeit nicht noch mißmutiger zu machen, denn auch die Gebuld des Bergmanns wird einmal erschöpf. Unseren Kameraden aber raten wir, sich immer fester zusammenzuschließen, ein jeder tue seine Pflicht und agitiere, bis auch der letzte Bergmann der höchsten Gegend dem Verbands der Bergarbeiter Deutschlands beigetreten ist. Vorwärts! Einigkeit bringt Macht!

Grube Sieda-Pohndorf-Vereinigtfeld. Auf dieser Grube, welche durch ihre Unwirtschaft im Coblenz-Lugauer Revier allen Kameraden bekannt ist, haben am 28. September zwei Kameraden in erster Lebensgefahr geschwebt. Auf Schacht III im tiefen Flöz befindet sich das einzige Ort Nr. 17, welches berufen ist, den letzten Rest eines Kohlenfeldes herauszunehmen. Die Lage dieses Pfeilers müßte den dortigen Beamten die Pflicht auferlegen, daß hier mit der größten Voracht gearbeitet und vor allen Dingen die Strecke in gutem Zustand erhalten werden muß. Jeder Bergmann weiß, und das sagt man doch auch bei den Beamten voraus, daß in einer Strecke, wo auf der einen Seite der alte Mann und auf der anderen das Vorwerk ist, die Strecke unter allen Umständen in gutem Zustande erhalten werden muß, um so mehr, da dieselbe als Fahr- und Förderstrecke benutzt werden muß, weil ein anderer Ausweg nicht vorhanden war. Alle diese Voraus- setzungen, die zur Sicherheit der Arbeiter und im Interesse des Wertes notwendig sind, waren hier nicht vorhanden. Und so nur war es möglich, daß die Strecke ganz plötzlich in einer Länge von sechs bis sieben Metern zusammenbrach und dadurch zwei Kameraden, die vor Ort arbeiteten, eingeschlossen wurden. Nur der Umstand, daß die Kom- pressionsrohre und eine starke Lüttentour, welche zur Bewetterung dienen, auf die Sohle gelegt waren, da zum Hochhängen die Strecke zu niedrig war, ist es wohl größtenteils zu verdanken, daß die Kameraden ihr Leben nicht einbüßten. Denn wären die Rohre oben angebracht gewesen, so wären dieselben ohne Zweifel durch den Bruch zerklüftet worden und die eingeschlossenen Leute wären ohne die für sie un- entbehrliche frische Luft ein Opfer ihres Berufes geworden. Durch die Lüttentour war es möglich, sich gegenseitig zu verständigen und, was die Hauptfrage ist, Wasser und Brot den Abgesperrten zuzuführen. Trotzdem von beiden Seiten nach Kräften gearbeitet wurde, dauerte es bis 6 Uhr abends, bevor es gelang, die beiden Kameraden zu befreien. Zumerhin hat es neun volle Stunden gedauert, in solcher Situation gewiß eine lange Zeit. Wie oft mag wohl der Gedanke bei der Familie aufgetaucht sein: Kann nicht bei den Vorfürsungsarbeiten noch mehr nachgedrückt und damit jede Hoffnung auf Rettung zum Teufel sein? Wäre beim Durchfahren mit den vollen Wagen die Strecke zusammengebrochen, so wäre es ohne Zweifel ohne Verlust an Menschenleben nicht abgegangen. Verschiedene Kameraden von Vereinigtfeld wunderten sich, daß der technische Leiter des Wertes, Herr Direktor S t r a u ß, nicht an der Unglücksstelle erschienen ist. Wir werden uns mit den Verhältnissen dieses Wertes noch einmal gründlich beschäftigen müssen, denn was von dort uns mitgeteilt wird, ist so kraß wie, daß man manchmal daran zweifeln möchte. Weiter vermessen die Arbeiter die Bekanntgabe der Temperatur vor den verschiedenen Orten. Die bergpolizeilichen Vor- schriften sind nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für den Arbeit- geber resp. dessen Beamte vorhanden. Wir können nur von neuem wieder ausrufen: Her mit den Kontrollleuten aus den Reihen der praktischen Bergarbeiter! Eine starke Organisation, ihr Kameraden von Vereinigtfeld, das ist der beste und nachdrücklichste Bergarbeiterschutz. Weidert andere angezwungene Korporationen wie eine unheilbare Krank- heit, denn sie nagen an der Gesundheit der Bergarbeiter, das heißt an der gesunden Entwicklung zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Bergarbeiter. Laßt die Leute mit dem Weiterfahrungscharakter links liegen und geht als Männer mit eigenem Willen dorthin, wo ihr als eheliche Knappen hingehört, in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Nur der organisierte Arbeiter hat heute noch Anspruch auf Achtung.

Egyptische Plagen.

Essen-Ruhr. Mit Berufung auf § 11 des Reichspressgesetzes fordern wir Sie auf, die Notiz in Nr. 35 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 1. September d. J., Seite 5, unter dem Kennwort „Zeche Graf West“ wie folgt zu berichtigen: „Es ist nicht richtig, daß bei der Bestrafung der Bergleute im August auf Zeche Graf West das Ver- gebnis des Bergmanns W o l f s h e l l a eine Rolle spielte, dagegen ist richtig, daß am 10. und 11. August zusammen 96 Mann feierten, der Verdigungsstag des Genannten war zugleich Abschlagstag. Von diesen 96 Mann wurden 54 Mann bestraft. Ferner ist richtig, daß nicht schicht- freie Leute, die sich an einem Vergabnis zu beteiligen wünschen, Bereit- willigkeit Urlaub erhalten und dann selbstverständlich auch nicht bestraft werden. Es ist richtig, daß das Ueberschichten der Zechegefesse verboten ist. Dagegen ist unrichtig, daß man am Schacht II, wenn man die Treppe heruntersteigt, nicht sicher ist, seine Finger in der Transmision (soll wohl heißen Kettenübertragung) hängen zu lassen; richtig ist, daß diese Treppe mindestens zwei Meter seitlich des Kettenzuges liegt. Ferner ist richtig, daß der Stillstand jeglicher Förderung während der Selbstahrt das Begehen der Brücke von Schacht I nach II vollkommen ungefährlich macht. Es liegt daher keinerlei Veranlassung vor, die Vahngeseise zu überfordern. Es ist auch nicht richtig, daß der Fahrweg von Wagen verstreut ist, da strenge Sorge getragen wird, daß der Weg stets frei bleibt.“ (Folgt Unterschrift).

Samborn. In der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 8. September d. J., Seite 4, befindet sich eine Notiz unter dem Kennwort „Zeche Deutscher Kaiser, Schacht III“. Mit Berufung auf § 11 des Reichs- pressgesetzes fordern wir Sie auf, diese Notiz wie folgt zu berichtigen: „Es ist nicht richtig, daß die Bergleute der Zeche Deutscher Kaiser, Schacht III, welche am 19. August bei der Selbstahrt der Nachschicht von der Einfahrt zurückgewiesen wurden, deshalb nach Hause gehen mußten, weil der Fahrhauer Peters sich bei der Bestichtigung der Körbe und Tare verpöppelt hatte. Dagegen ist richtig, daß die Leute nicht recht- zeitig zur Selbstahrt heraufkamen. Hochachtungsvoll! Gewerkschaft Deutscher Kaiser.“ (Name unleserlich).

Samborn. Mit Berufung auf § 11 des Reichspressgesetzes fordern wir Sie auf, die Notiz in Nr. 30 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 8. September d. J., Seite 4 unter der Marke „Zeche Deutscher Kaiser, Schacht I“ dahin zu berichtigen, daß es nicht richtig ist, daß im Revier IV Tragbahnen fehlen, solche sind in allen Revieren der Zeche Deutscher Kaiser in ordnungsmäßigem Zustande vorhanden. Ebenso unrichtig ist die Beschwerde bezüglich Reinhaltung der Abortkübel, sie sind nämlich in Ordnung. Ferner ist die Beanstandung der Luftführung auf der zweiten Sohle nicht richtig, die Weiterführung entspricht vollkommen den gesetzlichen Vorschriften. Es ist nicht richtig, daß Reklamationen wegen Kohlenanreicherungen vorkommen. Die Selbstahrtzeit findet pünktlich statt, der erste Abschub geht um 5 Uhr 30 und nicht um 5 Uhr 20 Minuten ab. Hochachtungsvoll! Gewerkschaft Deutscher Kaiser. (Name unleserlich).

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

D armer Imbusch!

Volle 80 Seiten stark ist eine Broschüre, die sich mit der für gewisse Leute sehr peinlichen Frage: „Ist eine Verschmelzung der Berg- arbeiter-Organisationen möglich?“ befaßt. Als Verfasser hat sich stolz geschrieben - S. Imbusch, Redakteur am „Bergknappen“ unter- schrieben. Der eigentliche Verfasser hat gewiß gedacht, einen harmloseren und zugleich ehrgeizigeren Strohmännchen wie „S. Imbusch, Redakteur am „Bergknappen“, nicht finden zu können. „S. Imbusch, Redakteur am „Bergknappen“, lechzt nach dem Ruhme, ein berühmter Mann zu werden; so trafen sich die beiden. Nicht als ob die Broschüre eine besondere Geistesart wäre. Sie ist nichts anderes als eine von einem raffinierten Vohhaften zusammengestoppelte Sammlung von aufgestellten und gefälschten Zitäten, ein chtes M.-Gladbacher Pamphlet, das seinen Ursprung nicht verkennen kann. Wer die Berg- pflanz der Volksseele nicht genau kennt, dem kann die Neuherausgabe des M.-Gladbacher Zitätenfadens allenfalls imponieren. Wir aber erleben diesen Spuk nun schon jahrelang, fast alle „alten Bekannten“, alle hinter- listigen Bemühungen, alle raffiniert verhängten Verleumdungen ehrenhafter Arbeiter finden wir in der von „S. Imbusch, Redakteur am „Bergknappen“ unterschriebenen, aber nicht geschriebenen Hechbroschüre wieder. Wer die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das „Christliche Zentralblatt“, den „Berg- knappen“ und andere Zentrumsblätter regelmäßig gelesen, findet in der neuesten Hechbroschüre nichts Neues. Sie ist eigentlich nur interessant durch das, was sie nicht enthält. Recht erbaulich wäre es gewesen, wenn die Broschüre auch erzählt hätte, wie 1904 der „allerchristlichste“

Zentrumsgeleitverleumdungsführer Brust bei der Anapfchäfts- Altschewahl sogar Zeichen zu schänden versuchte, indem er unsere braven, verstorbenen Kameraden Schürholt und Gladevich schwerer Verbrechen bezichtigte! Als dann die Witwen der beschimpften Toten gerichtlich gegen die verantwortliche Redaktion des „Bergknappen“ (Herrn Mürtz) vorgingen, da haben S. Müller und Mürtz uns gebeten, doch die Klagen zurückzuziehen, was wir taten in dem Bewußtsein, die eigentlichen Schuldigen Brust und seine M.-Gladbacher Lehrer) doch nicht lassen zu können. Diese empfindende Zeichenfabrikgeschichte fehlt in der von Imbusch „verantwortlich ge- zeichneten“ Zitätenammlung. Es fehlen ferner darin die Gerichtsprozesse Brust-Zock, Brust-Weller, Brust-Kessing, Brust-Schröder, Brust-Gie, alles sehr wichtige Dokumente aus der Bergarbeitergeschichte. Es fehlt die gerichtlich festgestellte Mitteilung, daß Brust, der „hervorragendste“, „verdienstvollste“ Zentrumsgeleitverleumdungsführer, erklärte, das Ver- leumdungen der Gegner sei kein Geschäft, dafür würde er bezahlt. Weiter vermessen wir in dem Kapitel, wo der Versuch gemacht wird, den Verband der deutschen Bergarbeiter als „religionsfeindlich“ zu benutzieren, die Mitteilung, der glorreichste Schüler der M.-Gladbacher Zentrumsabgeordneter A. Brust; habe die christliche Volksgeschichte verhöht. Vergessen hat der ungenannte, wirtliche Broschürenverfasser auch mitzuteilen, daß es die heiligste Pflicht eines christlichen Arbeiter- führers sein soll, niemals sein Recht einzugehen, d. h. es soll und muß gelogen werden. Diesen „Unterrichtskursus“ hat Brust den Gewer- keinsagitatoren abgehalten und wenn sie nicht wollten: „Wartet nur, wenn Papa kommt!“ Unsere Kameraden sehen, gerade die pifantesten Säckelchen sind in dem neuen Zitätenfad nicht zu finden. Wir werden da etwas nachhelfen müssen. Offen gestanden, wir haben S. Imbusch für klüger gehalten, als er ist. Wie kann dieser Arme nur so verblendet sein und glauben, er würde für den Verfasser der Broschüre gehalten, wenn er seinen Namen auf das Titelblatt setzt? Wer Imbusch nur einmal sprechen gehört hat, weiß sofort, woran er mit diesem Jüngling ist. Taktlos ist er, ganz gewiß, er stellt sich hin und schulmeister alte ergraute Arbeiter, die schon für die Gewerkeinsbewegung geküßt, als Imbusch noch die Schulbänke brückte. Wir hatten aber auch die Gelegenheit, noch jüngst eine „Christliche Arbeit“ von Imbusch einzusehen und wissen deshalb positiv: Imbusch kann selbst diese Zitätenammlung nicht „gemacht“ haben! Armer Imbusch! Siehe einmal hat es einen Mann gegeben, der sich von zentralistischen Trachtziehern als Strohmännchen mißbrauchen ließ. Es war Johann Weber, später genannt G a n s n a r e W e b e r! Wir brauchen nur den Namen dieses „komischen Kauzes“ zu nennen, um bei den älteren Kameraden die Erinnerung an eine kuriose Episode aus der Bergarbeiter- bewegung vor 15 bis 18 Jahren wachzurufen. G a n s n a r e W e b e r hat später eingestanden, als Strohmännchen von gewissen Zentrums- journalisten mißbraucht zu sein! Vorher hat er natürlich alles bestritten, wie ja auch Imbusch bestritten wird, Nachfolger des G a n s n a r e W e b e r zu sein. Armer Imbusch, wie kommtst du dich aber auch so blamieren lassen von den ungenannten und doch wohlbekannten Broschürenschreibern! Imbusch ist noch zu jung, er kennt das spott- lustige Menschengeschlecht des 20. Jahrhunderts nicht. Das diene dem guten Jungen zum Troste und zur Entschuldigung. Er kennt die bösen Menschen nicht, sonst würde er wissen, daß nur gerade die Leute sagen werden: Die Einigungsfrage muß den Zentrumsagitatoren doch sehr peinlich sein, denn sonst würden sie keine die Broschüre gegen die Einigung der Bergarbeiter fabrizieren! Die Mitglieder aller Verbände schenken sich r a h Ruhe und Frieden zwischen den Arbeitern, das wissen die Zentrumsagitatoren im Gewerkeinslager ganz genau, daher ihre feberhaften Bemühungen in tugenden Versammlungen die Uneinigkeit zu predigen, daher auch die diese Broschüre gegen den Einigungsgeboten. Gerade durch die von Imbusch unterschriebene Broschüre ist weiteren Kreisen der Beweis er- bracht, daß in der Bergarbeiterbewegung die Dränger nach unbedingter Einigkeit immer größeren Anhang bekommen. Neulich konnten wir die „Abtische Zeitung“ zitieren, die offen zugab, die Zentrumsparrei sei aus wahlpolitischen Gründen gegen die Bergarbeiter- einigung. Nun hat die famose Broschüre auch ein anderes großes blügerliches Blatt, die „Frankfurter Zeitung“ angetregt, sich über die Bergarbeiterbewegung auszulassen. Das Blatt beschäftigt sich mit einigen auch von uns getadelten Vorkommnissen in anderen Gewer- kchaften und schreibt dann:

„Aber wer die ganze Haltung und Haltung des alten Bergarbeiter- verbandes verfolgt hat, der kann gar nicht darüber im Zweifel sein, daß er ehrlieh bestrebt ist, die Empfindlichkeiten der christlichen Berg- arbeiter zu respektieren und eine wirkliche Neutralität in dem dar- gelegten Sinne aufrecht zu erhalten. Für jedes der Zitate, die Imbusch vordringt, um zu zeigen, daß der alte Bergarbeiterverband auch nur eine „sozialdemokratische“ Gewerkschaft sei, ließen sich drei Dugend Aussprüche von den Führern des Verbandes anführen, die das Gegenteil beweisen. Es wäre weiter nichts nötig, als ein bischen guter Wille beim christlichen Verbands und die Einigung wäre perfekt. Die Christlichen brauchten sich nur vor Augen zu halten, daß in politischen Fragen die einzelnen Faktoren niemals so einfach kombiniert werden können, daß alles wie in einem Rechenexempel glatt ausgeht. Irgend etwas, daß mit der General- idee ganz übereinstimmt, gibt es immer und überall, und wenn man vernünftig ist, fragt man nur eben danach, ob mehr für die General- idee als gegen sie, nicht, ob alles für sie spreche. . . . Also wie gesagt, es wäre nur etwas guter Wille nötig, und dann käme die Einigung zustande. Aber an diesem Willen fehlt es. Sicherlich nicht bei einem großen Teil der christlichen Bergarbeiter selbst, wohl aber bei den Führern des christlichen Verbandes, und warum er diesen Personen fehlt, das ist nicht schwer zu erraten. Es ist das Zentrum, das hinter diesen Führern steht, das Zentrum, das es nicht dulden will, daß die christlichen Arbeiter den bequemen Wahladres einschläpfen, welche die christlichen Gewerkschaften darstellen, und das daher die Führer des christlichen Bergarbeiterverbandes beeinflußt, gegen die Verschmelzung mit dem alten Verbands zu wirken. Beweisen läßt sich das natürlich nicht, denn solche Dinge spielen sich nicht in aller Öffentlichkeit ab, aber man müßte sehr naiv sein, um nicht den wahren Grund zu sehen.“

Der Telegraph verbreitet heute die Meldung, daß im Buch- druckergewerbe ein neuer Tarifvertrag geschlossen wurde und daß die Pringspale und Gehilfen überdies einen Vertrag von Organisation zu Organisation, also eine sogenannte Trade Alliances geschlossen haben. Dieser Erfolg war nur möglich, weil die Buchdruckergelichen zum größten Teil in einem großen Verbands vereinigt sind. Die Christ- lichen Bergarbeiter haben keine Hoffnung, auch nur annähernd so weit zu kommen, wenn sie nicht früher oder später mit dem alten Verbands sich einigen.“

Es ist es ganz genau. Ein wenig guter Wille und die von den Arbeitern heißersehnte, von den Arbeiterfeinden sehr gefürchtete Berg- arbeitervereinigung ist vollendet. Und sie wird kommen, so gut wie sie im großen Streik 1905 kam zum Schreden der berufs- mäßigen Zitätenfächer! Wenige Monate vor dem gewaltigen Kampfe sah es aus, als ob „niemals“ die Grubenproletariat zusammen-

kommen würden. Der Druck des Kapitals schweißte die Arbeiterbrüder zusammen, mit wichtigem Schritt gingen die Kameraden über die berufsmäßigen Arbeitergespaltener zur Tagesordnung über! Und dieser kapitalistische Druck ist allezeit unser bester Verbündeter gewesen, er wies uns bis zu der herrlichen Zeit, wo die gelungene Bergarbeiterbewegung auch den neuen Blatensack befestigte, schrieben wir mit den Worten: „O armer Imbusch, was kannst Du gegen die Gewalt der Tassachen!“

Inzwischen ist es an der Zeit, ausdrücklich zu konstatieren: Die Einigungs- bzw. Verschmelzungsfrage ist nicht etwa erst in jüngster Zeit aufgeworfen worden, vielmehr haben während des großen Streiks im Januar-Februar 1908 in zahlreichen Versammlungen viele Kameraden sich dahin ausgesprochen, der Streit lehre, daß eine einheitliche Organisation nötig sei! Sodann ist vor der breitesten Öffentlichkeit, auf dem im März 1908 in Berlin tagenden preussischen Bergarbeiterkongress auch über die Einigungsfrage gesprochen worden, veranlaßt durch einen Antrag Bartels-Dortmund. Das Protokoll sagt darüber sehr Interessantes. Damals war das Gerede von dem angeblichen „Mitgliederchwund“ noch nicht erloschen. Allgemein wurde anerkannt, daß der alte Verband die beste finanzielle Stütze des großen Streiks gewesen ist und allen anderen Organisationen überlegen ist. Der Verband hat die besten finanziellen Stützen der Arbeiterbrüder an der Spitze, der Gewerksverein war von seinen wortreichen, aber ratenarmen Vätern schmählich im Stich gelassen worden. Auf dem preussischen Bergarbeiterkongress regten Verbändler eine dauernde und stetige Verbindung der Arbeiterbrüder an! Das Gerede, der Verband leide an „Mitgliederchwund“ und betriebe deshalb den „Verschmelzungskrummel“ ist also ein aufgelegter Schwindel. Nur Rücksichten auf die Wahrung der Arbeiterinteressen halten uns jetzt davon ab, den schwindelhaften Einigungsfeind den Mund so zu stopfen, wie wir es mit Hilfe des uns zur Verfügung stehenden internen Materials können. Allen Schwindlern zum Kerker hat unser Verband sich innerlich so gefestigt wie niemals vorher und es laufen allmonatlich mehrere tausend Neuanmeldungen ein! Es ist gekommen wie es schon wiederholt war: unsere Kameraden waren vielerorts etwas faumselig geworden, aber als sie vernahmen, was für ein Liebes die Verbandsgegner sangen, da wurde das Pflichtgefühl der alten Verbandsgarde geschärft. Und während Zeichen- und Zentrumspreise sich gegenseitig von dem „Mitgliederchwund“ des alten Verbandes vorjuchelten, nimmt der Verband zu an innerer und äußerer Kraft. Wir leiden durchaus nicht an „Mitgliederchwund“, im Gegenteil, unser Verband nimmt zu! Daß wir die aus der Arbeiter-Schaft kommenden Proteste gegen die ungeliebte Kräftezersplitterung unterstützen, tun wir nicht aus egoistischen Erwägungen, sondern das Wohl der Arbeiterschaft ist für uns das höchste Gesetz! Wenn die Führer auch nicht wollen, die Arbeiter werden sich die Einigung trotzdem erzwingen.

Wohnum. Die am 7. ds. Mts. stattgefundenen 20 Versammlungen waren durchweg sehr gut besucht, so diejenige in Schmidthorst von über 1000 Mann. Es wurde überall Stellung zur Lohnbewegung genommen und folgende Resolution einstimmig angenommen:
„Die am 7. Oktober stattgefundenen, zahlreich besuchte Belegschafts-Versammlung, erklärt sich nach Anhörung des Referenten mit der Einsetzung einer 15 prozentigen Lohnmehrung einverstanden, denn diese Forderung ist mit Rücksicht auf die erhöhten Lebensmittelpreise und die erzielten Werksüberbrüche voll und ganz berechtigt, des Ferneren aber auch notwendig, um das gesundheitsgefährliche Ueberbrücken zu befeitigen. Des Weiteren fordert die Versammlung von den Bergwerksbesitzern und der Regierung Aufhebung der vielfach noch bestehenden Sperre, durch welche den Arbeitern die Freizügigkeit geraubt wird und sie zu Staatsbürgern zweiter Klasse herabdrückt.“
Ferner erklären alle Umwesenden mitzuhelfen, daß die große Waffe der Inflation für die Organisation gewonnen wird, denn nur ein starker, kräftiger Verband kann die Lage der Bergarbeiter verbessern.

Die Versammelten verpflichteten sich, in allen Lagen der Lohnbewegung nur auf die Anweisungen der Gesamtleitung zu hören und sich zu keinen unüberlegten Schritten verleiten zu lassen, denn nur durch Einmütigkeit und Disziplin kann unsere berechnete Sache glücklich zu Ende geführt werden.

Wohnum. Als Nachfolger des verabschiedeten Herrn Bergmeisters Engel ist Herr Bergmeister von und zu Löwenstein zum Geschäftsführer des Bergbauvereins gewählt worden.

Dortmund. Am 8. ds. Mts. fanden hier 2 Versammlungen statt, die Stellung zu der abliegenden Haltung der Verwaltung der Zeche Kaiserstuhl, Schacht II, nahmen. Bekanntlich hatte die Belegschaft am 2. September Lohn- und andere Forderungen gestellt, welche die Bezirksverwaltung ablehnte. Die im „Lierpark“ stattgefundenen Versammlung war von über 1000 Personen besucht und wurde außer der allgemeinen Resolution folgender Antrag angenommen:
„In anbeacht der nunmehr seitens der 5 Verbände eingeleiteten allgemeinen Lohnforderung von 15 Prozent nimmt die Belegschaft vorläufig von lokalen Forderungen Abstand. Die Kommission bleibt bestehen und wird zu geeigneter Zeit die etwa erforderlichen Maßnahmen treffen.“

Hiltrop. „Das ist ja sehr schön!“ Mit diesen Worten traten die Herren Kommissar Frädrichs und Wachtmeister Gebert in das Lokal des Wirts Schumacher, wo wir gerade zur selben Zeit eine Besprechung des deutschen Bergarbeiterverbandes abhielten. Bei dieser Gelegenheit hatte Herr Kommissar Frädrichs nichts eiligeres zu tun, als das vorhandene Papier zu beschlagnahmen, alsdann den Wachtmeister Gebert aufzufordern, die Namen der teilnehmenden Verbandsmitglieder festzustellen; da dieses nicht eilig genug ging, ergrieff er selbst das Schreibmaterial und notierte. Als dieses geschehen war, forderte er sämtliche Teilnehmer auf, das Lokal zu verlassen. Da aber ein Teilnehmer, der auch zugleich Mitglied des Lurvereins „Sohn“, Hiltrop Landwehr, war, die Anweisung machte: „Hier steht der Schrank des Lurvereins, der hält seine Besprechungen hier auch ab,“ bemerkte der Kommissar: „Verlaßt das Lokal, wenn ihr euch keine Niederlage und uns keine Schwierigkeiten machen wollt.“ Als er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß es keine Versammlung, sondern nur eine Besprechung wäre, äußerte er, daß er die Besprechung als eine Versammlung betrachte und das genüge. Im übrigen wäre das Gericht dafür da und dort würde er es vertreten. Man kann ja darauf neugierig sein, was dabei herauskommt, jedenfalls eine ganz blamable Niederlage des Herrn Kommissars.

Brudel. Ich gebe hiermit den Mitgliedern bekannt, daß die Zahlensammlung am 14. Oktober ausfällt und am 28. Oktober nachmittags 4 Uhr, stattfindet. Da zum 28. Oktober ein Vortrag gehalten wird über die heutige Lage, so fordere ich sämtliche Mitglieder auf, wenn für Mann in der Versammlung zu erscheinen, damit die Rauhheit, betriebe Versammlungsbefuchs ein Ende nimmt.

Wellinghofen. Seit mehreren Monaten konnte infolge allzu schwachen Besuchs keine Versammlung mehr abgehalten werden. Die Interessentlosigkeit unter den hiesigen Kameraden ist überhand. Man sollte glauben, es fehle ihnen an nichts und doch haben sie es so bitter nötig, wie nur irgendwo. Wenn man die Frauen dagegen reden hört, mit welchen niedrigen Löhnen ihre Männer abgepeißt werden, so sollte man glauben, sie würden mit aller Macht bei dieser guten Konjunktur für Verbesserung ihrer Lage eintreten, aber weit gefehlt, statt dessen wird an Wirtschaften und bei Preisstößen das große Wort geführt. Ebenso sind hier viele Kameraden, welche sich durch Speichelkredenzen bei den Beamten zum Liebkind machen wollen und zuletzt auch vor der gemeinsten Demagogie nicht zurückweichen. Dieses muß aufhören und sollen die Kameraden besser wie bisher mit Hand und Werk legen, damit unsere Zahlstelle wieder in die Höhe kommt. Nicht durch Speichelkredenzen und große Wirtschaften verbessern wir unsere Lage, sondern indem wir sämtliche Unorganisierten in den Verband hineinbringen, denn dieser nur allein vertritt unsere Interessen. Auch von Wanne wird mit den besten Worten über den nächsten Besuch der Zahlstellenversammlungen gellagt. Es muß anders werden!

Hannover, Braunschweig, Gessen-Lippe.

Hannover. In dem Seiftenberger Beleidigungsprozeß, der im März d. J. in Nordbus gegen den Kameraden Gärner stattfand, erlaubte sich die Polizeiverwaltung zu Seiftenberg gegen diesen die ehrenrührigsten Dinge zu behaupten, insbesondere brachte der Polizeiwachtmeister Umm die Liebesbeleidigung Wärtner nach Hannover mit einer angeblichen Schiedung der Verbändel in Verbindung. Kamerad Gärner stellte am 11. Mai d. J. gegen den Polizeiwachtmeister Umm Strafantrag wegen Beleidigung bei der Staatsanwaltschaft in Nordbus und legt, am 28. September, erhält Wärtner den abtönenden Befehl des Staatsanwalts, woraus hervorgeht, daß ein Polizeibeamter andern Leuten ungestraft die ehrenrührigsten Dinge nachsagen kann, wenn er es nur zur rechten Zeit versteht zu sagen, er habe sich in gutem Glauben befunden und in Ausübung seiner Amtspflicht gehandelt. Der Herr Staatsanwalt lehnt ein strafrechtliches Einschreiten gegen Umm aus folgenden Gründen ab: Umm habe die Äußerung nicht in Form einer Behauptung, sondern nur in Wiedergabe eines ihm zugehörigen Wortes getan. Wo Umm dieses Wort her hat, wird nicht gesagt. Weiter heißt es: Abgesehen davon, daß Umm diese Mitteilung damals zu einem kleinen Kreis (3), „Öffentliche Gerichtsverhandlung, wo 180 Zeugen anwesend waren“, ihm wohlbelannter und vertrauenswürdigster Personen — vertraulich — gemacht hat, so behauptet Umm, daß er nicht die Absicht und das Bemühtsein gehabt hätte, Wärtner zu beleidigen, sondern habe diese Äußerung lediglich in Erfüllung einer ihm als Polizeibeamten zutuehenden Pflicht getan. Diese Behauptung, meint der Herr Staatsanwalt, sei glaubwürdig und unüberlegbar. Umm habe in Wahrnehmung vornehmlich berechtigter Interessen gehandelt und stehe ihm der Schutz des § 108 des Strafgesetzbuchs zur Seite. Schließlich heißt es weiter, würde auch eine Verurteilung nicht im öffentlichen Interesse liegen und würde Wärtner die Privatklage überlassen. — So, ein Polizeibeamter kann jeden ansässigen Menschen als Spionhaken weiter verdächtigen, ohne daß er das zu beweisen braucht. Er braucht nur erklären, ich habe von andern gehört und sich auf seine Amtspflicht stützen, da kommt ihm der Staatsanwalt zu Hilfe und billigt ihm guten Glauben und Wahrnehmung berechtigter Interessen zu. Dieses Recht wird nicht allen Sterblichen zu teil. Wäre der Staatsanwalt nur halb so viel mit dem guten Glauben und dem Schutz des § 108 des Strafgesetzbuchs zu Gunsten des Angeklagten Wärtner ungespart, er hätte nicht ein Jahr Gefängnis beantragen können. Wenn ein gewöhnlicher Sterblicher einem Steiger oder einem niederen Polizeibeamten, eine wenn auch berechtigzte Grabstich sagt, da gibt's keinen guten Glauben, das muß im öffentlichen Interesse scharf geprügelt werden. Wenn aber ein Polizeibeamter die schmutzigen Verdächtigungen gegen einen gewöhnlichen Sterblichen schleudert, ja Wauer, das ist etwas anderes.

Hannover-Lippe. Der Kamerad N. N. in Havelwegen lud in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann und Zeitungsbote der Zahlstelle Hiltrop, die dortigen Mitglieder zu einer Besprechung ein; zwecks Wahl eines Vertrauensmannes. Er schrieb in der Zeitung: „Nachmittag Besprechung in meiner Wohnung wegen Wahl eines anderen Vertrauensmannes.“ Flug bekam N. N., allerdings erst nach langem schillern einen Strafbefehl in Höhe von 50 Mk., gegen den er, nach unserer Meinung mit Recht, Widerspruch erhob und gerichtliche Entscheidung beantragte. Anders jedoch dachte das Schöffengericht zu Obernkirchen in seiner Sitzung vom 20. September, es wies den Widerspruch zurück und verurteilte N. N. wieder zu 50 Mk. Die Begründung des Urteils ist unter Berücksichtigung des Art. 20 der preussischen Verfassung so unverständlich, daß wir sie hier öffentlich nicht vorentscheiden können. Bewiesen ist nur, was der Angeklagte selbst zugibt, er wünschte Besprechung zur Wahl eines neuen Vertrauensmannes. Auf Wunsch der Mitglieder unterließ dies jedoch und blieb es beim Alten. Das Urteil lautet: Die „Bergarbeiterzeitung“ sowie der Verband bezwecken die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Bergarbeiter. Das ist Sozialpolitik und nach der Jurisprudenz des Reichsgerichts ist Sozialpolitik eine öffentliche Angelegenheit. Soweit läßt sich schließlich nichts einwenden, nun aber heißt es weiter: Die Zahlstelle mit der Ortsverwaltung sei ein untergeordneter Bestandteil des ganzen Verbandes und bewege sich mit seinen Maßnahmen im Rahmen des gesamten Verbandes. Die Tätigkeit des Vertrauensmannes sowie der Ortsverwaltung geschehe im Interesse des gesamten Verbandes und da nun dessen Tätigkeit eine öffentliche Angelegenheit sei, so sei auch diese Tätigkeit des Vertrauensmannes als eine öffentliche Angelegenheit zu betrachten. Die Höhe des Urteils rechtfertigt sich, da ja doch der Verband die Strafe trage. Vielleicht schließt sich das Landgericht dieser juristischen Leistung nicht an. Wo dann, das jedem Preußen — und Hiltrop liegt im Preußen — im Artikel 20 der Verfassung gewährte Versammlungsfreiheit bleibt und was da eigentlich noch als private Angelegenheit übrig bleibt, das hat das Schöffengericht nicht für nötig gehalten zu sagen. Bei solcher juristischen Deduktion würde sich ergeben, daß kein Mitglied oder Vertrauensmann eines Verbandes einen Schritt im Interesse des Verbandes, ohne den Polizeiführer zur Seite, tun dürfte. Jede Kontrolle, die ein Bezirksvertrauensmann bei den Ortsverwaltungen unternehme, müßte er beim Landrat anmelden und müßte sich einen Polizeiführer zur Überwachung mitnehmen, denn der Bezirksvertrauensmann ist doch auch ein dem Gesamtverbande untergeordneter Organ und seine Tätigkeit liegt im Interesse des Gesamtverbandes, ergo ist nach dem Schöffengericht Obernkirchen diese Tätigkeit „Kontrolle“ eine öffentliche Angelegenheit und muß er sich einen Wendbarren mitnehmen. Na also, Mar.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Sarzer Vogtei. Am 23. Sept. fand hier eine öffentliche Bergarbeiter-Versammlung statt, in der Kamerad Langhorst über Knappschafts- und Krankentafelwesen referierte. Kamerad Langhorst verstand es, den Kameraden klar zu machen, wie trüb und dunkel die Verhältnisse im hiesigen Reviere sind und was zu ihrer Besserung notwendig ist, nämlich, daß sie sich alle ohne Unterschied dem Verbande der Bergarbeiter Deutschlands anschließen. Nur dann ist es möglich, auch in diesem Reviere Zustände zu schaffen, die geeignet sind, ein menschenwürdiges Dasein fristen zu können. Denn mit einem Krankengeld von 92 Pf. kann man kein Schulkind ernähren, geschweige eine Familie. Kameraden, seid einig und laßt euch nicht durch Liebschlingen und Schmeicheleien auseinanderreiben, haltet fest zum Verband, denn das ist Pflicht eines jeden Kameraden, dem die Ernährung seiner Familie am Herzen liegt und der mitkämpfen will für ein besseres Dasein. Vereinter Kraft gar oft gelingt, was einer nie zuwege bringt.

Königreich Sachsen.

Borna. Hier nehmen die Mißstände wieder so überhand, daß es notwendig erscheint, unsere Zeitung in Anspruch zu nehmen. Als die Beamten des Zementwerkes den hiesigen Betrieb übernahmen, schrien es hier besser zu werden, aber diese Freude dauerte nur einige Tage und dann ging es wieder los mit der Jagd nach Kohlen, nach Schlamm, wie vorher; der Rauhbau scheint wieder aufzuläutern. Wenn auch die Doppelbahn, sowie andere Strecken zusammenbrechen, zum Zimmergibis keine Zeit, weil es keine Kohle gibt bei dieser Arbeit, oder doch sehr wenig. Das Wasser tritt aus den Röhren, so es überhaupt noch welche gibt. Der Lauf ist in ganz miserablen Zustände. Die Laufbahnen sind gebrochen, auf vielen Stellen liegen bloß Pfähle, so daß es überhaupt unmöglich ist, sich im Falle einer Gefahr schnell fortzubewegen zu können. Die Gedinge sind viel zu niedrig. Es kann nicht vorchristlich gearbeitet werden, weil Nebenarbeiten, wie Schienenlegen, Spreizen, einziehen, Holzen, Wägen, Bühnenlegen vor nassen Arbeitern um nicht bezahlt wird. Diese Arbeiter unterbleiben daher und steht es manchmal so niederlich aus, daß die Abführung gleich wieder febril macht und ausfährt; dann bekommt sie am anderen Tag natürlich einige kräftige Worte zu hören, z. B.: „Wenn dies noch mal vorkommt, dann liegt ihr 'naus“, oder „Ich werde euch bestrafen.“ Die Herrschaftsarbeiten werden aber nicht bezahlt. Ein paar Gehnittel kann man bekommen, aber man muß halt 100 Wägen schaffen oder 108, dann kommt es auf ein paar Gehnittel nicht an. Vor den meisten Arbeitern ist schlechter Brand, vor einigen brennt überhaupt kein Licht. Na, für was gibt es denn Carbid, da wird eben mit Carbidlampen gearbeitet, die Gesundheit des Arbeiters kommt hier weniger in Frage, ebensowenig die Gefahr für das Leben. Und unter solchen Umständen äußert sich Steiger Schröder noch Bergarbeiterfragen gegenüber, daß er sich solcher Leistung als Hauer schämen würde, wenn er nicht einmal 30 Mk. wöchentlich verdienen sollte. Da sieht man Arbeitsmut, bloß schade, daß er nicht als Kohlenhauer arbeiten muß. Ob Herr Steiger Schröder auch schon einmal 30 Mk. mit der Hade verdient haben mag? Möglich ist es eher als Stricktaucher. Unserer Bergbehörde raten wir, anstatt mit der Schale lieber in Einfahrtschacht anzufahren, um hier Aenderung zu schaffen. Mit Rechtigkeit ist hier das Wasser abzutragen, aber wozu denn, für den Bergarbeiter ist es gut, unsere Beamten jahren ja größtenteils mit der Schale ein. Beim letzten Streit erklärte der frühere Direktor unserer

Lohnkommission gegenüber, sobald die Bergbehörde ernstlich verlangt, daß eine ausreichende Vorratslage mit Umkleide- und Zoodenraum geschaffen werden soll, würde selbige gebaut. Die Belegschaft erwidert die Bergbehörde, endlich Sorge zu tragen, daß es dem Bergarbeiter möglich ist, den Grubenraum auf der Grube zu lassen, denn in den engen Arbeiterwohnungen ist wachlich kein Platz dazu. Auch aus Gesundheitsrücksichten ist ein Mannschafstbad notwendig, zumal im Winter der Bergarbeiter stundenweit mit nassen Kleidern zu Hause gehen muß. Kameraden, die Mißstände im Braunkohlenbau nehmen immer mehr überhand, doch legt dies mit an den indifferenten Bergarbeitern. Eine starke Organisation auf unseren Schächten und vieles wird zu unseren Gunsten geändert werden. Die Löhne werden nicht freier auskömmlich, bis der letzte Braunkohlenarbeiter Mitglied des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands ist, darum hinein in den Verband. Kameraden, kämpft mit uns für Freiheit und Recht. Daß unsere Organisation vorwärts schreitet, zeigte unser erstes Revierfest. Fast aus allen Zahlstellen unseres Reviers waren organisierte Bergarbeiter erschienen, um das Solidaritätsgefühl zu betonen. Kameraden, unsere wirtschaftliche Lage macht es auch zur Aufgabe, uns immer enger zu verbünden, um gemeinsam unser Joch abzuschütteln. Einer für alle, und alle für einen sei unsere Losung.

Briefkasten.

Borussianerinterpellation. Auf mehrere Anfragen diene zur Antwort: Das Borussianergesetz sollte am 6. Februar im Reichstag zur Sprache kommen. Ganz wider Erwarten lehnte die Regierung die Beantwortung der Anfrage ab und da der Präsident Ballestrin die Sitzung außerordentlich pünktlich eröffnete, waren 80 Abgeordnete, die für die Erörterung des Borussianergesetzes stimmten, im Saale, während es 50 sein mußten. Später waren mehr als 50 anwesend. Die U. v. g. v. m. e. l. u. r. g. und S. a. c. h. s. e. sind aber am 6. Februar pünktlich zur Stelle gewesen, sie haben also nicht gefehlt. Das muß gegenüber den Verbündeten ausdrücklich hervorgehoben werden. Was nun die Sache selbst anlangt, so ist es für die parlamentarische Erörterung des Borussianergesetzes sogar möglich gewesen, daß die Debatte nicht schon am 6. Februar stattfand. Denn am 8. Februar brachte der Zentrumsbund, Brust des Borussianergesetzes im Landtage zur Sprache und dann gab der Minister die Antwort, die er im Reichstag sich scheute zu geben. Erst auf Grund dieser Ministerantwort war es U. v. g. v. m. e. l. u. r. g. und S. a. c. h. s. e. am 10. Februar im Reichstag möglich, das Borussianergesetz vollständig aufzurollen. Was am 6. Februar nicht getan werden konnte, wurde am 10. Februar mit so gründlicher Nachgeholt, es ist nicht das mindeste verkannt worden. Weiter sei festgestellt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion von allen Fraktionen immer am stärksten in den Sitzungen vertreten ist, was schon von ihren Gegnern lobend anerkannt wurde, während nach einer Mitteilung der katholischen „Köln. Volksztg.“ die Zentrumsfraktion meistens so schwach vertreten ist, daß nicht einmal ein Fraktionsbeschluss zustande kommen kann. — **Rheinpreußen.** Haben wir noch nicht. — **Mag.** **Hannover.** Halt ein mit Deinem Segen, sonst brauchst Du zwei Seiten allein für Dein Königtum. — **Sachsen-Anhalt.** **Sermann.** **Schlager** und **Eisenstraße.** **Wende** Dich an's Arbeitersekretariat.

Verbandsnachrichten.

Aufruf!

Infolge der eingeleiteten Lohnbewegung in den Kohlenrevieren Deutschlands ist es dringender notwendig, allen Zugang nach dort fernzuhalten. Die Werksbesitzer machen jetzt so glänzende Geschäfte und die Lebensmittelpreise sind gerade in den Kohlenrevieren jetzt so ungeheuer hoch, daß die Arbeiter mit den jetzigen Löhnen unmöglich bei ihrer schweren Arbeit weiter existieren können. Da nicht nur in allen deutschen, sondern auch in vielen Kohlenrevieren der Nachbarländer die Bergarbeiter Lohnzulagen verlangen, da ferner die Forderung einer 15prozentigen Lohnzulage außerst möglich ist, so hoffen wir auf schnelle und günstige Regelung der Frage. Um aber den Kampf nicht zu erschweren, ist es dringend nötig, daß im Inland sowie vom Auslande jedweder Zugang nach den Kohlenrevieren ferngehalten wird.

Wir bitten alle arbeitserkundlichen Blätter um Aufnahme dieser Zeilen.
Mit Glück auf!

J. U. v. g. v. m. e. l. u. r. g. u. S. a. c. h. s. e., Wohnum.

Des vielen Stoffandranges wegen sehen wir uns veranlaßt, unsere Zeitung bis auf weiteres zehnwöchentlich erscheinen zu lassen. Der Druck und die Expedition erfolgt deshalb für die Wochenreviere am Dienstag, für das Ruhrrevier am Mittwoch. Wir bitten unsere Ortsverwaltungen und Mitglieder dies zu berücksichtigen, wenn infolgedessen eine kleine Verzögerung in der Zustellung stattfinden sollte. Jedenfalls werden aber trotzdem alle unsere Mitglieder am Erscheinungstage (Samstag) im Besitze ihrer Zeitung sein.

Mit den heutigen Paketen gelangen Zeitungsbestellzettel zum Versand und wollen unsere Vertrauensleute bei Zeitungsbestellungen nur diese verwenden.

Wichtig! Die beiliegende Materialsendung im roten Couvert ist für unsere Vertrauensleute bestimmt. Sollte eine Zahlstelle beim Versand übersehen sein, bitten wir um Mitteilung.

Denjenigen Kameraden, welche die Werke: 1. „Die sozialdemokratischen Gewerkschaften“; 2. „Die Geschichte des britischen Trade-Unionismus“; 3. „Theorie und Praxis der englischen Gewerkschaften“ und 4. „Die Geschichte der englischen Arbeit“ bei uns bestellt haben, diene zur Nachricht, daß die Werke von uns bestellt sind. Mit dem Versandt wird sofort nach Eintreffen der Werke begonnen. Da das Werk: „Die sozialdemokratischen Gewerkschaften“ nur beschriftet geliefert wird, ein Einband aber unbedingt notwendig ist, so sind wir bereit, das Buch in unserer Buchbinderlei zu folgenden Preisen einzubinden: in dauerhaften Gebirgsband 2,00 Mk., in leichteren Leinwandband 1,70 Mark pro Wert. Diejenigen Kameraden, welche das Werk gebunden haben wollen, werden ersucht, uns Mitteilung zu machen. Bestellungen auf die angegebenen Werke werden noch entgegengenommen und kosten: „Die sozialdemokratischen Gewerkschaften“ 3,00 Mark broschiert. Die Werke über die englischen Gewerkschaften werden zum Preise von 3,00 Mark pro Band in sauberem Einband geliefert.

Wir können allen Kameraden die Anschaffung dieser Werke nur empfehlen.
Der Vorstand.

Erklärung.

In letzter Zeit haben Walter, Gessentrich, und mehrere Mitglieder des christlichen Gewerksvereins in Versammlungen behauptet, daß der Gewerksverein nach vom Streit her vom Verbande der Bergarbeiter Deutschlands Geld zu bekommen habe, weil sie damals von den aus England gesandten 120 000 Mark nichts bekommen hätten. Das letztere ist richtig und ist ausdrücklich laut Abmachung bei der Besprechung in der Siebenerkommissions-Sitzung erfolgt. Ich habe damals bei der Abrechnung ausdrücklich bekannt gegeben, daß und wie viel Geld uns die englischen Kameraden gesandt haben, ich habe hinzugefügt, daß die anderen Verbände, die sich bis dahin alle noch nicht an der internationalen Bewegung beteiligt hatten, auf dieses Geld nach unserer Ansicht keinen Anspruch hätten, was auch ohne Widerspruch von allen Vertretern in der Siebenerkommission anerkannt wurde. Es war uns seitens der Engländer keine Anweisung gegangen, ob wir den andern Verbänden davon mit auszahlen sollten. Die Siebenerkommission hat sich also ausdrücklich mit unserer obigen Auffassung einverstanden erklärt, deshalb ist es ganz unerlässlich, daß mehrere Führer vom Gewerksverein jetzt ein und ein halbes Jahr nachher ganz andere Ansprüche machen wollen. Wir haben damals ganz richtig gehandelt, die Siebenerkommission hat das ausdrücklich anerkannt und damit ist für uns die Sache erledigt.

Wohnum, im Oktober 1906. J. U. v. g. v. m. e. l. u. r. g. u. S. a. c. h. s. e.

Trotz wiederholter Aufforderungen stehen noch einige Bezirke nach Sammelstellen aus. Die Bezirksleiter werden nochmals dringend gebeten, für baldige Einlieferung zu sorgen. Der Verbandsrat.

Achtung! Verbandsmitglieder des Bezirks Dötrop-Buer-Graded. Wir machen hierdurch darauf aufmerksam, daß das Rechtsschutzbureau in Graded von jetzt an Donnerstags und Freitags geschlossen ist.

Bücherrevisionen finden statt in Wülheim I vom 15. bis zum 31. Oktober; in Kirchderne im Monat Oktober; in H. Wonsfeld im Monat Oktober; in Carnap im Laufe des Monats Oktober; in Lugaus-Oelstücker Revier bis Ende November; in Ulsdor vom 10. bis 30. Oktober.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage. Die Tagesordnung in allen Versammlungen lautet: Lohnfrage, Sperre und Mißstände im Bergbau. Referenten sind in allen Versammlungen anwesend und ist es Pflicht aller Kameraden, ihre Zahlstellenversammlungen pünktlich zu besuchen.

Jeden zweiten Sonntag im Monat: Vönnen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hausmann. Klennessen I. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Schmidt, Kallekaal. Kipperbeck. Nachm. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schumacher, fr. Schulte. Kipperbeckermark. Nachm. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Fr. Gilerbrod. Effeln. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn H. Heinen, „Jägerhof“.

Landrop. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Meierling. Zautenberg I. Gory. Im Lokale des Herrn Dauts Alder. Kenn. Nachmittags 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wille in Cornitz.

Jeden Sonntag nach dem 10. des Monats: Wradel. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Klüttsch. Gainsdorf. Abends 7 Uhr, in der Warklode. Carnap. Nachm. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wolf, „Zur Wolfschlucht“.

Sunlight Seife advertisement featuring an illustration of a woman washing clothes and a box of Sunlight soap. Text: lässt das mit ihr behandelte Linnen in schneeigem Weiss erstrahlen und ersetzt dadurch die Rasenbleiche vollständig.

Öffentliche Belegschafts-Versammlungen. Tagesordnung in allen Versammlungen: Lohnfrage, Sperre und Mißstände im Bergbau. Sonntag, den 14. Oktober 1906.

Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen. Tagesordnung in allen Versammlungen: Lohnfrage, Sperre und Mißstände im Bergbau. Sonntag, den 14. Oktober 1906.

Öffentliche Snappschäftsmitglieder-Versammlungen. Sonntag, den 28. Oktober 1906: Bezirk Schaumburg-Lippe.

Glück auf-Uhren mit Bergmanns-Zeichen. echte Schweizer-Uhren, Silber und Gold-Ketten, Ringe usw. vom Münzante erprobt, zu billigen Preisen.

Keinen Pfennig brauchen Sie zu zahlen für Werts, da ich trotz äußerst billiger Preise Versand- u. Nachnahme-Listen selbst trage.

Tiger-Schlaf-Decke. Größe 140/190 cm, per Stück 2,10 Mark. Gefäumt, fertig zum Gebrauch, langjährig bewährte, außerordentlich haltbare, wollige, sehr kräftige Decke besser Qualität.

Zahlstellen-Feste Sonntag, den 14. Oktober 1906: Essen-Welt-Holsterhausen. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn E. Löwe, Kochstraße 80.

Die Vorteile, die ich bieten, sind ganz bedeutend. Vergleichen Sie meine Offerte mit anderen Angeboten, dann kaufen Sie bestimmt mit mir.

Theodor Müller, Seiffenhensdorf, s.

